

Editorial

Eines der zweifellos wichtigsten Ereignisse für die Geschichte der Arbeiterbewegung hat im Herbst 2018 seinen einhundertsten Jahrestag: die Novemberrevolution. Die Erinnerung an die damaligen Ereignisse bestimmt nicht nur in Deutschland aktuelle geschichtspolitische Debatten. Das vorliegende Heft 54 unserer Mitteilungen legt deshalb einen Schwerpunkt auf den Jahrestag.

Marjaliisa Hentilä berichtet über die archivalische Aufarbeitung des Ereignisses in Finnland, mehrere Tagungsberichte widmen sich der Novemberrevolution, der „Minister der Revolution“ Adolph Hoffmann wird vorgestellt, ebenso das Geschehen auf dem Friedhof der Märzgefallenen. Im Rezensionsteil werden zudem mehrere Bücher zur Novemberrevolution und der Arbeiterbewegung in den Folgejahren besprochen.

Berichte über das Archiv der Frauenbewegung in Kassel, über den Nachlass Wolfgang Harichs im Amsterdamer Archiv und die hervorragenden Arbeitsbedingungen vor Ort, Dokumentenfunde von Tito und Tjulpanow, die Vorstellung einer Dissertation zu Metallarbeitergewerkschaftern sowie ein langes Interview mit Peter Brandt runden das Heft ab.

Unser Vereinsmitglied Adrian Piper hat den von der Berliner Akademie der Künste ausgelobten Käthe-Kollwitz-Preis 2018 erhalten. Wir gratulieren sehr herzlich zur Preisverleihung. In den Ausstellungsräumen am Brandenburger Tor sind mehrere ihrer Installationen zu sehen.

Herausgeber und Redaktion

INHALT

Editorial <i>Herausgeber</i>	1
Archive und Bibliotheken	
Erschließungsarbeiten, Internetpräsentation und Bestandszugänge der SAPMO (BArch) <i>Günter Benser</i>	4
Aktuelles aus dem Finnischen Arbeiterarchiv: Das Erinnerungsjahr 1918 <i>Marjaliisa Hentila</i>	7
Das Historische ist politisch – das „Archiv der deutschen Frauenbewegung“ (AddF) in Kassel <i>Mirjam Sachse</i>	9
30 Cent und 30 Kilometer. Wolfgang Harichs Nachlass <i>Andreas Heyer</i>	13
Besondere Zeitdokumente	
J. B. Tito 1943 über die Lösung der Kosova-Frage <i>Erwin Lewin</i>	17
Sergej Iwanowitsch Tjulpanow. Brückenbauer zwischen Russen und Deutschen <i>Inge und Michael Pardon</i>	24
Tagungen und Konferenzen	
28. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 17. April 2018 <i>Günter Benser</i>	31
Zeitgeschichtliches Symposium zur Geschichte des Dragonerareals am 13./14. April 2018 <i>Holger Czitrich-Stahl</i>	33
„Revolution gegen Kaiser und Krieg, für demokratische Republik, Frieden und gar Sozialismus?“ Konferenz des Vereins Helle Panke am 14. April 2018 <i>Alexander Amberger</i>	36
„Die Novemberrevolution und ihre Räte“, Symposium des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Zeitgeschichtlichen Archivs e.V. am 9. Mai 2018 <i>Elke Reuter</i>	39

Gegen Spaltung und Grabenkämpfe. Buchvorstellung „Weltkrieg – Spaltung – Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922“ am 19. Juni 2018 41
Holger Czitrich-Stahl

Neues aus der Forschung

Assurances of Friendship. Transnationale Wege von Metallgewerkschaftern in der Schiffbauindustrie, 1950–1980 43
Johanna Wolf

Aus dem Vereinsleben

Protokoll der 27. Jahresversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. 44

Aktivitäten der Vereinsmitglieder

Prof. Dr. Peter Brandt: Unruhestand im Karl-Marx-Jahr 2018 47
Interview von Holger Czitrich-Stahl und Rainer Holze

Informationen

Ein zentrales politisches Symbol für den Kampf um Demokratie und soziale Rechte: der Friedhof der Märzgefallenen 51
Rüdiger Hachtmann

Buchvorstellung: Vom Waisenkind zum Minister der Revolution 1918 – Das Leben Adolph Hoffmanns 55
Volker Heiermann

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Holger Czitrich-Stahl: Arthur Stadthagen. Parlamentarier. Sozialdemokrat. Wegbereiter des Arbeitsrechts, Berlin 2018 (*Rainer Holze*) 59

Ralf Hoffrogge/Norman LaPorte (Edit.): Weimar Communism as Mass Movement 1918–1933, London 2017 (*Holger Czitrich-Stahl*) 60

Ruth und Günter Hortschansky: „Möge alles Schmerzliche nicht umsonst gewesen sein“. Vom Leben und Tod der Antifaschistin Judith Auer 1905–1944, Berlin 2017 (*Eckhard Müller*) 62

Dennis Egginger-Gonzalez: Der Rote Stoßtrupp. Eine frühe linkssozialistische Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus, Berlin 2018 (*Holger Czitrich-Stahl*) 63

Die Gewerkschaftsschule Bernau 1947–1990. Zeitzeugen erzählen. Ein Film von Eleftheriya Yuanidis, 2017 (*Siegfried Prokop*) 66

Wilhelm Bock: Im Dienste der Freiheit, neu herausgegeben von Steffen Arndt, Jörg Bischoff und Matthias Wenzel, Gotha 2018 (*Alexander Amberger*) 68

Archive und Bibliotheken

Erschließungsarbeiten, Internetpräsentation und Bestandszugänge der SAPMO(BArch)¹

Im Bericht der Stiftungsdirektorin – vorgelegt der 28. Sitzung des Kuratoriums – konnte mitgeteilt werden, dass von 401.026 Verzeichnungseinheiten (VE) Schriftgut bis jetzt 257.409 VE erschlossen zugänglich sind; 82.464 VE sind zugänglich, aber noch nicht in jedem Fall bedarfsgerecht erschlossen; 61.153 VE müssen noch erschlossen werden. Die Nachlässe sind gut zur Hälfte erschlossen. Von 1.632.815 Fotos sind 1.180.815 benutzbar wie auch 13.848 Plakate.

Vorrang hatten die Arbeiten für Integration der Erschließungsdaten in das Datenmodell von BASYS². Das sei unvermeidlich mit einer Umsignierung der Bestände verbunden, weil sonst eine verlustfreie Übertragung der Daten nicht möglich ist. Die alten Signaturen werden in der BASYS-Datenbank weiterhin vorgehalten. Die Arbeiten stehen kurz vor ihrem Abschluss.

Von besonderem Interesse für das Umfeld unseres Förderkreises ist der Abschluss der Erschließungsarbeiten des Bestandes Institut für Marxismus-Leninismus, über den Sylvia Gräfe ausführlich informiert hat.³ Auch die Bearbeitung des Schriftgutes der Abteilung Grundstoffindustrie des ZK der SED konnte abgeschlossen werden. Zurzeit nehmen vor allem die Erschließungsarbeiten an den Überlieferungen der Abteilung Transport- und Nachrichtenwesen des ZK der SED, des Nationalrates der Nationalen Front, des Gewerkschaftsverlages Tribüne ihren Fortgang. Benutzbar sind weitere Akten der Abteilung Internationale Verbindungen und der Westabteilung. Erstmals für die Benutzung zugänglich sind 219 VE der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Bewertet und verzeichnet wurden 26 lfm. Unterlagen des Bestandes Freie Deutsche Jugend sowie Überlieferungen der Pionierorganisation. Endgültig archivisch bearbeitet wurde der Bestand Gehörlosen- und Schwerhörigenverband.

¹ In diesem Beitrag sind Informationen aus den Berichten der Stiftungsdirektorin für die Jahre 2016 und 2017 zusammengefasst.

² Vgl. hierzu MFK Nr. 50, S. 6 u. 32.

³ Vgl. MFK, Nr. 50 u. 51.

Komplett erschlossen und benutzbar sind weitere Nachlässe, darunter die von Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Erich Selbmann und Eugen Leviné.

Von den etwa 1,6 Mio Bilddokumenten von Parteien und Massenorganisationen der DDR sind reichlich zwei Drittel erschlossen und verfügbar. Abgeschlossen wurde die Bearbeitung und Eingliederung der Fotosammlung des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und des Zentralen Hauses der DSF Berlin. Der Bestand ist vor allem mit Fotos aus dem Nachlass von Walter und Lotte Ulbricht ergänzt worden.

Die Stiftung verfügt über mehr als 8.700 Tonträger in Form von Tonbändern, Kassetten und vereinzelt Schallplatten. Diese dokumentieren sowohl politische Ereignisse als auch Erinnerungen von Akteuren. Zahlreiche digitalisierte Tonaufnahmen aus dem Bestand TONY 1 SED lassen sich im Internet direkt anhören oder herunterladen. Weitere Tonträger können in der SAPMO-BArch benutzt werden.

Ende 2017 verfügte das Bundesarchiv über ca. 2,2 Mio Bände an gedruckten Unterlagen. Davon befinden sich etwa 1,7 Mio Bände in Berlin-Lichterfelde. 703.727 Titel mit 993.559 Bänden können im Online-Katalog recherchiert werden. Für mehr als 400.000 Bände existieren zurzeit weder analoge noch elektronische Kataloge. Die Konversion des Alphabetischen Katalogs des Instituts für Marxismus-Leninismus ist bis zum Erwerbungsjahr 1975 erfolgt. Einen Schwerpunkt der Konversion bildeten auch die Dissertationen und Habilitationsschriften der Hochschule für Ökonomie und die Hochschulschriften der Parteihochschule „Karl Marx“.

Wie bereits in den vergangenen Jahren sind die Bestandszugänge rückläufig. In den Bestand DY 79 Gewerkschaftshochschule haben Bauunterlagen des Vereins Baudenkmal Bundeschule Bernau e.V. Eingang gefunden, in den Bestand BY 10 weitere Überlieferungen des Vereins zur Bewahrung des Hannes-Meyer-Baus gewerkschaftliche Bundesschule in Bernau. Die Sammlung SGY konnte dank der Übergabe einer Privatperson durch Unterlagen des Zentralaussschusses der SPD aus den Jahren 1945/1946 ergänzt werden. Aus dem Archiv der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurden 17 lfm. Schriftgut übernommen, dabei handelt es sich vor allem um Eingaben an Egon Krenz und um Dokumente aus dem Büro Axen.

Schenkungs- beziehungsweise Übereignungsverträge wurden zu den Nachlässen von Max Gebhard, Kurt Herholz, Lothar Janke, Karlheinz Kuba, Annelies Laschitza, Heinz Peter, Karl Pfannenschwanz, Gerd Pietrzynski, Waltraud Seidel-Höppner und Werner Wünschmann abgeschlossen, Depositärverträge mit Johannes Kohoutek, Dieter und Leonore Schiller, Reiner Thuß sowie zu Unterlagen von Richard Fischer. Aus dem Nachlass Detlev und Wera Blanke und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurden Tonträger beziehungsweise Fotos übernommen.

Die Neuerwerbungen der Bibliothek in Berlin-Lichterfelde hatten in den beiden letzten Jahren einen Umfang von ca. 20.000 Bänden.

Günter Benser

Informationen

Neues Themenportal zur Weimarer Republik

Nach den Online-Themenportalen zum Ersten Weltkrieg und zur Wiedervereinigung ist nun ein neues Angebot des Bundesarchivs zur Zeit der Weimarer Republik verfügbar.

Die Seite „Weimar – Die erste deutsche Demokratie“ konzentriert sich zunächst vor allem auf die Zeit unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs. Bereits jetzt sind über das Portal ca. 50 Dokumentarfilme, ca. 30 Tonaufnahmen, über 4.000 Fotografien und mehr als 1.300 Plakate zugänglich. Bis 2021 sollen aus staatlichen Akten, Nachlässen und Sammlungen mehr als 4 Millionen Seiten digitalisiert werden, von denen einige ebenfalls schon jetzt online benutzt werden können.

Provenienzforschung in DDR-Akten

Der Bestand DL 210 Kunst und Antiquitäten ist eine zentrale Quelle für die Erforschung von Kulturgutexporten aus der DDR in den Westen. Mit einer virtuellen Galerie gibt das Bundesarchiv einen Einblick in das Thema und die Erkenntnismöglichkeiten.

Aus: Newsletter des Bundesarchivs Frühjahr 2018

Aktuelles aus dem Finnischen Arbeiterarchiv: Das Erinnerungsjahr 1918

Im Jahr 2017 hat Finnland unter dem Motto „Gemeinsam“ 100 Jahre Selbstständigkeit gefeiert. 1918 war die Nation nicht einig, sondern stark geteilt. Deshalb nennt man auch 2018 das Jahr des Erinnerns und des Andenkens. Das Arbeiterarchiv in Helsinki¹, 1909 gegründet und als junge Organisation mit der Aufgabe betraut Dokumente zum Bürgerkrieg zu sammeln, beteiligt sich mit mehreren Ausstellungen und Seminaren am Gedenkjahr 2018.

Der Bürgerkrieg 1918 hat nur vier Monate gedauert, aber ihm fiel ein Prozent der Bevölkerung zum Opfer. Nach Ende des Bürgerkriegs im Mai 1918, in dem die „Roten“ eine Niederlage erlitten, hatte der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei (SDP) beschlossen, Dokumente über die roten Opfer zu sammeln. An alle lokalen Parteiorganisationen wurden Fragebogen geschickt, um Information über das Schicksal der „Roten“ zu erbitten. So entstand eine wichtige Sammlung zum Jahr 1918 – die Terrorstatistik – die über Jahrzehnte das am meisten nachgefragte Material im Arbeiterarchiv gewesen ist. Der Name Terrorstatistik entstand, weil der größte Teil der 36 000 Opfer nicht in den Kämpfen gestorben war, sondern in den Gefangenenlagern und durch illegale, aus Rache organisierte Hinrichtungen ums Leben kam.

Die Terrorstatistik beinhaltet die Namen der Opfer, deren Beruf, Familienstand und Anzahl der Kinder sowie die Funktion in der roten Garde oder im Arbeiterverein. Sie weist aus, wann und unter welchen Umständen der Betreffende gestorben ist. Die Terrorstatistik und eine weitere Sammlung zum Jahr 1918 sind ausführlich digitalisiert und auf der Webseite des Arbeiterarchivs² einzusehen, unter dem Suchwort: 1918 (Ergebnisse nach Gemeinden auf Finnisch, teilweise auf Schwedisch). Sie werden vor allem von den Forschern des Bürgerkriegs sowie von den Heimat- und Stammbaumforschern genutzt, Die Namen aus der Terrorstatistik sind auch in der Liste "Finnlands Kriegsoffer" (Suomen sotaurmat) aufgenommen, die das Nationalarchiv über alle Toten im Ersten Weltkrieg ins Internet eingestellt hat.

Das Arbeiterarchiv digitalisiert die meist benutzten Sammlungen, um sie vor Abnutzung zu schonen. Auch die Akten der Vorstände der SDP

¹ Das Arbeiterarchiv sowie die Bibliothek der Arbeiterbewegung in Finnland wurden in der Nr. 20 (September 2001) und Nr. 8/9 (April 1996) der „Mitteilungen“ vorgestellt.

² www.tyark.fi

und der Gewerkschaften sind zum größten Teil bis in die 1980er Jahre digitalisiert und im Internet lesbar. Die digitalisierten Bilder sind nach Suchwörtern zu finden, aber leider nur auf Finnisch.³

Die Autorin hat gemeinsam mit ihrem Mann, Prof. Seppo Hentilä, ihre Forschung zum Thema *Das Deutsche Finnland 1918* veröffentlicht. Dieses Werk wird im Oktober 2018 in deutscher Sprache im Scoventa-Verlag erscheinen. Die Darstellung beschäftigt sich mit den deutschen Soldaten, die nach dem Ende des Bürgerkriegs nicht nach Deutschland zurückkehrten, sondern in Finnland blieben. Die deutsche Regierung hatte der finnischen weißen Regierung im Kampf gegen die „Roten“ militärische Unterstützung geleistet, nicht zuletzt in der Absicht, Finnland in wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit zu bringen.

Marjaliisa Hentilä

Forscherin im Finnischen Arbeiterarchiv
marjaliisa.hentila@tyark.fi

Informationen

Rosa-Luxemburg-Konferenz an der Humboldt-Universität Berlin

Am 10./11.1. 2019 findet eine internationale Konferenz zum Thema:
„Die politische Philosophie von Rosa Luxemburg“
an der Humboldt-Universität Berlin statt.

Organisatoren sind: *Christian Neuhäuser* (TU Dortmund University), *Gabriel Wollner* (Humboldt-Universität zu Berlin), *Lea Ypi* (London School of Economics), *Nicholas Vrousalis* (Universität Leiden) und *Robin Celikates* (Universität van Amsterdam)

Weitere Infos: [/www.internationale-rosa-luxemburg-gesellschaft.de/](http://www.internationale-rosa-luxemburg-gesellschaft.de/)

Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung

Die Ausgaben 2002 bis 2016 des Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung können auf kommunismusgeschichte.de kostenlos gelesen und heruntergeladen werden.

³ www.arjenhistoria.fi

Das Historische ist politisch – das „Archiv der deutschen Frauenbewegung“ (AddF) in Kassel

Es gab nicht wenige Initiativen, die sich an- bzw. aufgeregt durch die 68er-Bewegung mit Frauengeschichtsforschung befassten. Die Studentenbewegung hinterfragte gleich mehrere tradierte Hierarchien und Rollenbilder, wurde Wegbereiter der sogenannten „sexuellen Revolution“ und antiautoritärer Erziehung. Und doch waren es meist Frauen, die sich schlussendlich mit der Rolle der Frau, mit den Zwängen der historisch gewachsenen Rollenbilder und des patriarchalischen Systems, mit Frauengeschichte, deren Unsichtbarkeit in den Geschichtsbüchern und Curricula beschäftigten. Um all demjenigen nachzuspüren, was ignoriert in den Archiven schlummerte, bedurfte es aber der Fokussierung, deshalb entstanden vorrangig regional-, stadt-, vereins-, partei- oder professionsgeschichtliche Frauenprojekte.

In Kassel aber fanden schließlich 1983 mehrere Frauen zusammen, die ein besonderes Interesse einte: Das Interesse, eine Institution zu schaffen, die sich dauerhaft allen Aspekten der ersten, der im 19. Jahrhundert wurzelnden „alten“ deutschen Frauenbewegung widmen sollte. Dies sollte nicht den Charakter eines kurzlebigen Projektes haben, an dessen Ende eine Broschüre oder eine Ausstellung samt Katalog stehen würden. Es sollte ein Ort des Studierens und Forschens entstehen, letztlich auch des Sammelns und Dokumentierens. Um dieses Ziel in gesellschaftlich anerkannter Form verfolgen zu können, gründeten sie den Verein „Archiv der deutschen Frauenbewegung“, durchstöberten ihre sämtlichen privaten Bücherregale nach relevanten Werken, trugen diese in einem angemieteten Raum zusammen und eröffneten – bedeutungsschwanger – am 8. März 1984 Archiv und Bibliothek.

Bereits ein Jahr später erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift "Ariadne. Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung". Nicht nur, dass sich die Herausgeberinnen mit diesem Titel einen der oberen Plätze einer alphabetisch geführten Erscheinungsliste versprachen, sie wollten interessierten Menschen einen Faden reichen, der sie durch das Labyrinth verschütteter Frauengeschichte führen sollte.

Nachdem der Beginn aus einer privaten Initiative heraus gemacht war, der Verein durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert seine erste Lesungsreihe (Leben und Werk von Franziska zu Reventlow) organisiert hatte und erste öffentliche Zuschüsse für einzelne Projektvorhaben flossen, galt es die Finanzierung der zu leistenden wissenschaftlichen Ar-

beit sicherzustellen. 1992 gründete sich der Verein „Freundinnen des Archivs der deutschen Frauenbewegung“ mit dem Ziel, das AddF ideell und finanziell zu unterstützen. Die Sammlung und die Zahl der Unterstützerinnen wuchs kontinuierlich – nicht zuletzt durch ein gutes Maß an Öffentlichkeitsarbeit. Man wollte Archiv, Bibliothek und Forschungszentrum sein – öffentlich zugänglich, kompetent, in die aktuelle Forschung eingreifend – und gesellschaftlich integriert. Der Förderverein „Freundinnen des Archivs der deutschen Frauenbewegung“ (aktuell ca. 150 Mitglieder) veranstaltet Lesungen und Konzerte, das AddF Stadtführungen und Seminare. Die Redaktion der zweimal jährlich erscheinenden archiveigenen Zeitschrift „Ariadne“, die nun entsprechend einer breiteren Aufstellung den Untertitel „Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte“ trägt, erhielt 2001 den Elisabeth-Selbert-Preis, einen Preis der Hessischen Landesregierung, der hervorragende wissenschaftliche Leistungen auszeichnet, die das Verständnis für die besondere Situation der Frau in der Gesellschaft fördern. Das AddF unterhält einen Kooperationsvertrag mit der Universität Kassel und es sind nicht selten Studierende der nahegelegenen Universität, die im Rahmen eines Seminars (je nach Reflexionsfähigkeit der Lehrenden) oder auf der Suche nach einem Abschlussarbeitsthema den Weg ins AddF finden. Außerdem ist das AddF über seine engagierten Mitarbeiterinnen in verschiedenen regionalen politischen Zusammenhängen repräsentiert und wirkt auch auf diese Weise mit am gesellschaftlichen Wandel. Eine überregionale Vernetzungsarbeit geschieht u.a. über i.d.a. (informieren, dokumentieren, archivieren), den Dachverband deutschsprachiger Frauen/Lesbenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen.

Ein weiterer Ausdruck der Professionalisierung war die Gründung der „Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung“ am 8. März 2003, die schließlich 2005 den ursprünglichen Trägerverein ablöste. Professionell funktioniert auch die ohne formale Hierarchie auskommende Leitung des AddF, die sich aus den fünf hauptamtlichen Mitarbeiterinnen zusammensetzt. Immer wieder sorgt es für Erstaunen, wenn eine solch mittlerweile renommierte Einrichtung nicht mit einem einzelnen „Leiter“ glänzen will.

Nicht nur als Namensgeberin des genannten Preises ist Elisabeth Selbert eine für das AddF wichtige Persönlichkeit. Die Juristin und SPD-Politikerin lebte und arbeitete in Kassel, wurde als eine der „Mütter des Grundgesetzes“ und in diesem Zusammenhang vor allem als Fürspre-

cherin der kompromisslos deutlichen Formulierung des Paragraphen 3 Abs. 2: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ bekannt. Ihr Nachlass ist ein besonderer Schatz des AddF und bereits in einem Online-Findbuch¹ recherchierbar. Der Nachlass gibt Aufschluss über den Werdegang Selberts, ihre Tätigkeit als Juristin, ihre Korrespondenzen, ihren politischen Fokus und z.B. ihre Position zur Entnazifizierung nach 1945. Es geht aber nicht darum, herausragenden Frauen unhinterfragte Denkmäler zu setzen, weshalb auch im Falle Selberts kritische Veröffentlichungen (z.B. Karin Gille-Linne „Verdeckte Strategien. Herta Gott-helf, Elisabeth Selbert und die Frauenarbeit der SPD 1945-1949“, Berlin 2011) gesammelt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Ein schwieriges Unterfangen ist und bleibt die Archivierung von Dokumenten der proletarischen Frauenbewegung. Im AddF-Bestand befinden sich mehrere Arbeiterinnen-Zeitschriften und die Zahl von Gesindebüchern steigt, aber generell gilt leider, dass Arbeiterinnen oft nicht in der Lage waren, ihr Leben, ihre Arbeit, ihr politisches Engagement zu dokumentieren – sei es aufgrund von Analphabetismus, durch Zeitmangel oder die Erschwernisse eines Lebens in der Illegalität. Was nicht das Naziregime zerstörte, zerstörte der von den Nazis entfesselte Krieg – und zu diesen großen Verlusten kommen noch jene hinzu, die durch Unkenntnis und Ignoranz entstehen, wenn Nachlässe einfach dem Altpapiercontainer übergeben werden. Um besonders Letzterem etwas entgegenzusetzen, verfassten Mitarbeiterinnen des AddF die Broschüre „Wohin damit?“².

Wenn dann also doch Material wohlbehalten im AddF angekommen ist, wird es je nach Dokumentenart (Monographie, Periodikum, Archivallie) in der Datenbank erfasst. Um z.B. auch Rechercheanfragen zufriedenstellend beantworten zu können, ist eine Tiefenerfassung des Materials wünschenswert, aber nicht immer zu leisten. Vielversprechend ist daher die Digitalisierung der Materialien selbst. Dank der technischen Fortschritte in der digitalen Umsetzung alter Druckformate und in der Darstellung alter handschriftlicher Dokumente können zukünftige Generationen vermehrt per Computer auf Materialien zugreifen. Das wird zwar nie mit dem Besuch in einem Archiv und dem haptischen Arbeiten mit Originalquellen vergleichbar sein, aber es macht vieles einfacher

¹ www.addf-kassel.de/fileadmin/user_upload/Bestaende/NL-P-11_Selbert_Findbuch.pdf

² www.addf-kassel.de/fileadmin/user_upload/Bestaende/Broschuere_Wohin_damit_AddF.pdf

und konserviert zudem immerhin den Inhalt der empfindlichen Originale in originalgetreuer Ansicht.

Seit Herbst 2016 fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Entwicklung eines Digitalen Deutschen Frauenarchivs (DDF)³ und finanziert in zahlreichen Frauenarchiven Digitalisierungs- und Erschließungsprojekte. Die Ergebnisse in Form erster Digitalisate werden am 13. September 2018 online gehen und entsprechend sukzessive ergänzt. Unter den dafür ausgewählten Büchern, Broschüren, Zeitschriften und Autographen wichtiger Protagonistinnen der Frauenbewegung finden sich auch solche mit besonderer Relevanz für den Kampf um das Frauenstimmrecht, welches in diesem Jahr sein 100jähriges Jubiläum feiert. Das AddF hat zu diesem⁴ und anderen Themen Dossiers⁵ verfasst und online gestellt, um mittels dieser ersten selbständigen Erforschung eigener Bestände einerseits breit zu informieren, andererseits Forschern und Forscherinnen lohnenswerte Gebiete aufzuzeigen.

Für Interessierte, die sich über die Entwicklung des Archivs auf dem Laufenden halten möchten, wird jährlich eine Broschüre herausgegeben: „Einblicke“⁶.

Mirjam Sachse

AddF - Archiv der deutschen Frauenbewegung
Forschungsinstitut und Dokumentationszentrum
Gottschalkstraße 57
34127 Kassel
Tel.: +49 (0)561-989 36 70
E-Mail: info@addf-kassel.de
Di.-Do. 11-17 Uhr u.n.V.

³ Infos unter <https://digitales-deutsches-frauenarchiv.de/>

⁴ www.addf-kassel.de/dossiers-und-links/dossiers/geschichte-des-frauenwahlrechts/#c1347

⁵ www.addf-kassel.de/dossiers-und-links/dossiers/

⁶ www.addf-kassel.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Einblicke_2017.pdf

30 Cent und 30 Kilometer. Wolfgang Harichs Nachlass

Das Leben von Wolfgang Harich (9. 12. 1923 Königsberg bis 15. 3. 1995 Berlin) ist vielen nicht nur wegen der von ihm publizierten Schriften, der angeregten, ausgelösten Debatten (von Hegel und der Logik am Beginn der DDR bis zu Nietzsche an deren Ende) bekannt, sondern auch wegen seiner am 29. 11. 1956 erfolgten Verhaftung durch die Ulbricht-Justiz: Zehn Jahre Zuchthaus war sein Urteil wegen „Bildung einer konspirativen staatsfeindlichen Gruppe“. Am 18. 12. 1964 etwas vorzeitig aus der Haft entlassen, blieb er in der DDR. Dies zog es nach sich, dass er nur wenige Aufsätze und Bücher im kleineren deutschen Staat veröffentlichen konnte, Publikationen in der BRD waren für ihn immer nur ein allerletzter Ausweg, den er aus echter marxistischer Überzeugung heraus oftmals nicht ging.

Doch mit einem konnte er nicht aufhören: Dem Denken. So füllte er am heimischen Schreibtisch Seite um Seite, es entstanden viele Manuskripte und Briefe, die nie das Licht der Öffentlichkeit erblickten. Seine Witwe Anne Harich hat kürzlich noch einmal berichtet, welchen Anfeindungen, welchem Druck (juristischer ebenso wie persönlicher Art) sie nach dem Tod ihres Mannes ausgesetzt war. „Natürlich wusste ich, dass mein Erbe mehr oder weniger ein Allgemeingut ist. Damit es bewahrt der Forschung übergeben werden konnte, musste ich es erst einmal zusammenhalten, dafür fühlte ich mich verantwortlich, und nur so habe ich das von Harich an mich übertragene Vermächtnis verstanden.“¹

Am 21. März 1996 wurde der Nachlass Harichs nach Amsterdam, in das Internationale Institut für Soziale Geschichte (IISG) überführt. Insgesamt über 260 Mappen und Kartons, Tonbänder, Bücher usw. Seit 2012 wird diese Sammlung von mir durchgesehen und im Tectum-Verlag herausgegeben.

Die Entscheidung für das IISG war im Nachhinein betrachtet die Richtige. Die Arbeitsbedingungen im Archiv sind hervorragend und keineswegs selbstverständlich. Nicht zuletzt, wenn man sie mit den oft überaus betrüblichen Erfahrungen in deutschen Bibliotheken und Archiven vergleicht. Die rein praktischen Vorteile reichen von den tollen Arbeitsmöglichkeiten bis zu den technischen Geräten (Kopierer, Buchscanner) die man umsonst oder gegen geringes Entgelt benutzen kann. Eine traumhafte Lage des Archivs, direkt an einer Gracht, mit kleinen Enten und

¹

Harich, Anne: *Geleitwort*, zu: Harich, Wolfgang: *Frühe Schriften. Teilband 1: Neuaufbau im zerstörten Berlin*, hrsg. v. A. Heyer, Marburg, 2016, S. 7-12, Zitat S. 10f.

großen Schiffen, am besten zu genießen mit dem Kaffee, den man umsonst erhält, runden das in sich stimmige Gesamtbild ab.

Ganz anders als die deutschen Institutionen, die oftmals die gefüllte Brieftasche des Wissenschaftlers voraussetzen (Kopierpreise Bundesarchiv!). Oder an jenen Computer, der, in den Räumen der Bibliothek am Potsdamer Platz stehend, das Archiv des Aufbau-Verlages enthält. Den Ausdruck einer Seite erhält man für „nur“ 30 Cent, zum Bezahlen gibt es einen kleinen Marsch quer durch die Bibliothek, es kommt einem vor wie 30 Kilometer (das ist die einzige Übertreibung dieses Beitrags). Der Drucker steht (unüberprüfbar) hinter dem Bibliothekstresen und nur ca. alle halbe Minute kommt ein Blatt heraus. Oftmals jedoch gar keins (Gründe hierfür: Toner überraschenderweise alle, Drucker ausgeschaltet, kein Papier drin, Kabel nicht richtig verbunden – bezahlen soll man trotzdem)². Aber das erfährt man erst am Ende des Arbeitstages (Überraschungseffekt). Sollten Seiten nicht ausgedruckt sein, dann ist gerade für Wissenschaftler, die außerhalb Berlins wohnen, der Service, am nächsten Tag wiederkommen und nachfragen zu dürfen, sehr hilfreich.

Meine Frage, ob man das auch zuschicken könne, sorgte für Verwirrung und Heiterkeit. Nur zu verständlich erscheint die penibel überwachte Zeiteinteilung – da der Raum 17:00 Uhr schließt, muss auch der Fußmarsch zum Bezahlen bis dahin erledigt sein. Ebenso das Zählen der Ausdrücke unter Beaufsichtigung. Schafft man das nicht, dann bekommt man die Ausdrücke natürlich nicht. Aber man hat den Trost, dass die Mitarbeiter ihren harten Tag pünktlich beenden konnten. Nicht zuletzt wegen der angespannten Personallage, es gab Tage, da waren gerade einmal drei Mitarbeiter neben ihren Privatgesprächen für bis zu zehn Nutzer zuständig.

Wie ist, so fragt man sich, die Amsterdamer Poesie, so unglaublich sie klingt, in der Realität möglich? Das IISG ist finanziell kaum besser gestellt als seine deutschen Pendanten. Es sind die Mitarbeiter, die das Archiv als das begreifen und ausgestalten, was es ist: eine Institution, in der Akademiker arbeiten sollen. Also so ziemlich das genaue Gegenteil dessen, was ich selber schon im Bundesarchiv, im Archiv des Aufbau-

² Es ist schwer vorstellbar, aber das ist mir alles passiert und manches nicht nur einmal. Ein neuer Drucker wurde vor kurzem gekauft, wahrscheinlich von meinen Gebühren. Allerdings war an dem Tag, als ich dieses neue Gerät nutzen wollte, niemand da, der wusste, wie es funktioniert. (Es gab da irgendetwas umzustellen. Aber nach nur einer Stunde, wegen der Mittagsessenszeit, war das Problem gelöst.)

Verlages, in den Bibliotheken des Preußischen Nationalbesitzes erleben musste. In Amsterdam dreht sich das Archiv um den Wissenschaftler, in den deutschen Institutionen stört der Wissenschaftler den normalen Tagesablauf. Die Akten und Bücher sind, entsprechend dem Sinn der Institution, vor ihm zu beschützen – nicht dass sie noch kaputt gehen oder benutzt wirken.

Um ein Beispiel zu erwähnen: In meinem Amsterdamer Hotel erreichte mich vormittags ein telefonischer Anruf. Die von mir bestellten Akten wären leider 10:00 Uhr noch nicht da, der Mitarbeiter, der sich darum kümmern sollte, sei krank, es dauere etwas länger. Man versuche, mit vereinten Kräften, den Ausfall des Mitarbeiters zu überbrücken. Die Aktenbereitstellung würde an diesem Tag 1 Stunde beanspruchen (Bundesarchiv: 3 Tage).

Gegenbeispiel: Zeitschriftenlesesaal, Westhafen-Speicher, Berlin: Ich näherte mich der Ausleihtheke, um ein benutztes Buch zurückzugeben. Zwei Mitarbeiterinnen guckten zu Boden, eine dritte hatte gerade ein Regal erreicht, in das sie etwas zurückstellte, die Erholung beschäftigte sie hinreichend. Nach über 1 Minute rief mir jemand böse zu: „Was sen?“ (Umgangssprachlich: „Was ist denn?“) Ich erläuterte mein Anliegen. Die entsetzte Antwort: „Ich bin Jugendbuch!“ Für Mitarbeiter der Abteilung Jugendbuch, so erfuhr ich später, ist es offenbar eine wirkliche Zumutung, beispielsweise ein Buch für ihre Kollegen entgegenzunehmen. Wer zu welcher Abteilung gehört und wen man deshalb überhaupt als Nutzer ansprechen dürfe – dieses Wissen muss man sich mühsam verdienen. Wobei als Unverschämtheit empfunden wird, dass man es nicht hat.

Es kann abschließend die Gelegenheit genutzt werden, darauf hinzuweisen, dass ich es als Herausgeber des Nachlasses von W. Harich überaus bedauerlich finde, dass die Partei „Die Linke“ knapp vier Jahre (unterbrochen von Phasen des Abtauchens, Nichtantwortens usw.) für die Entscheidung gebraucht hat, dass man mir die Akten der Schiedskommission zum Fall Harich aus der Wendezeit nicht zur Verfügung stellen könne: die Persönlichkeitsrechte Harichs müssten geschützt werden, zuerst selbstverständlich gegenüber seiner Witwe und dem Herausgeber seines Nachlasses. Eine Einstellung, die man kombinieren kann mit der Tatsache, dass trotz mehrfacher Nachfragen weder Gregor Gysi noch Sarah Wagenknecht bereit waren, mit mir in einem Raum zu

sprechen (ich erhielt auf $\frac{3}{4}$ meiner Briefe und E-Mails noch nicht einmal Antwort).

Mit S. Wagenknecht wäre es sogar fast einmal zu einem Treffen gekommen – als sie in Braunschweig eine Wahlkampfveranstaltung hatte. Ihr Büro teilte mir mit, dass ich vor dem Gebäude einfach draußen mit meinem Handy warten solle und man mich dann anrufen werde, wenn es, mehrere Stunden vor oder nach der Veranstaltung, je nachdem, mit einem Termin eventuell klappen könnte („Wahlkampf“, „ich würde das ja verstehen“ usw.). Ich antwortete dem Büro, dass es unter meiner Würde als promovierter Akademiker sei, mich stundenlang draußen im Gebüsch zu verstecken, bis man mich gnädigerweise empfangen werde. Vom Personenkult der Stalin-Ära ist solches Verhalten nur dem Grade nach unterschieden.

Des Weiteren ist nur schwer dafür Verständnis aufzubringen, dass das *Neue Deutschland* sich der Harich-Edition ebenfalls komplett verweigern würde, wenn nicht der von mir sehr geschätzte Hermann Klenner zwei Mal die Initiative ergriffen hätte (ebenso Guido Speckmann). Aber die „Linke“ steht mit diesem Verhalten nicht allein: *Spiegel* und *Stern* verhalten sich kaum besser, und für Besuche im Bundesarchiv habe ich hunderte Euro Reisekosten investiert – allein, wenn ich dort eintraf, waren die zugesagten Akten nicht da (insgesamt drei Mal).

Was W. Harich zuvorderst von allen seinen Kritikern (von Stephan Hermlin bis Robert Havemann), von den „Hätschelkindern der spätstalinistischen Oligarchie“³ unterscheidet ist, dass er keine Preise, Gratifikationen, Titel usw. vom Staat bekam. Aber die Binde- und Wirkkraft dieser gegenseitigen Schuldverstrickungen, gegen die Harich in den 80er Jahren ankämpfte, reicht in unsere Zeit.

Beendet werden soll dieser Beitrag mit einer Erfolgsmeldung. 2015 gelang es einem Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung nach kaum einmal drei Jahren, mir eine Kopie eines Briefes von Harich (vom 28. 3. 1980) an Willy Brandt zu senden. Die Antwort Brandts könne man mir leider nicht zugänglich machen. (Was mir einleuchtete, welchen Zweck hätte sonst ein Brandt-Archiv?) Nun fand ich, kurze Zeit später, diese beiden und weitere Dokumente in Amsterdam und stehe seitdem vor der Frage, ob ich die Briefe Brandts eigentlich hätte lesen dürfen?

Andreas Heyer

³ Harich: Wolfgang: *Zur Furcht der SED vor Georg Lukács*, in: Ders.: *Georg Lukács. Dokumente einer Freundschaft*, hrsg. von A. Heyer, Baden-Baden, 2017, S. 482.

Besondere Zeitdokumente

J. B. Tito 1943 über die Lösung der Kosova-Frage¹

Die Kosova-Frage wurde spätestens durch die Niederlage des Osmanischen Reiches in den Balkankriegen 1912/13 und der damit verbundenen, von den Großmächten gebilligten, Eingliederung Kosovos und Metochiens² in den serbischen – später den jugoslawischen – Staat zu einem neuralgischen Punkt der „albanischen Frage“³. Rund die Hälfte der albanisch besiedelten Gebiete verblieb außerhalb des 1912 entstandenen albanischen Nationalstaates, was weder etwas mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker noch mit dem Respekt vor Menschenrechten zu tun hatte.⁴

Bei der albanischen Bevölkerung kam infolge dieser Vorgänge zweifelsohne Sehnsucht nach Eigenständigkeit respektive Zusammenschluss mit dem Mutterland auf. Sie wollte ihre Sprache sprechen, die muslimische Religion ausüben, ihre Kultur erhalten, die Bräuche pflegen und an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Für das autoritäre monarchistische Regime in Jugoslawien existierte indessen keine nationale albanische Minderheit in Kosova, offiziell wurden deren Vertreter als Albanisch sprechende Serben oder andere Südslawen bezeichnet.⁵ Die albanischen Bewohner trauten der Staatsmacht nicht, und diese war nicht bereit, deren Wünschen und Forderungen nachzukommen. Aus Angst vor Bestrebungen nach Selbstständigkeit setzte sie auf Unterdrückung in vielfältiger Form. Die Hoffnung, alle Albaner in einem gemeinsamen Staat zu vereinen blieb – nicht zuletzt wegen der auf Assimilierung gerichteten herrschenden Politik – in der Zwischenkriegszeit unerfüllt.

¹ Komitetit Qëndror të Partisë Komuniste Shqiptare (An das Zentralkomitee der Albanischen Kommunistischen Partei), 6-XII-1943. AQSH, F 14/AP; V 1943; D 39; Bl. 46.

² Die Bezeichnung leitet sich vom griechischen metochion (Klostergut) ab. Der serbische Name Kosovo i Metohija (Kosmet) wurde seit 1919 gebraucht; Albanisch lautet der Name Rrafshi i Dukagjinit (Ebene von Dukagjin). Geografisch umfasst die Landschaft den Westteil von Kosova.

³ Siehe Peter Schubert, Zündstoff im Konfliktfeld des Balkan: Die albanische Frage, Nomos Verlagsgesellschaft Baden Baden 1997, S. 14.

⁴ Siehe Holm Sundhausen, Kosovo: Eine Konfliktgeschichte, in: Konrad Klewing/Jens Reuter, Der Kosovo-Konflikt. Ursachen-Akteure-Verlauf, München 2000, S. 69.

⁵ Siehe Noel Malcolm, Kosovo. A short history, Macmillan Publishers Ltd, London 1998 (hier die alban. Ausgabe: Kosova. Një histori e shkurtër, Prishtina/Tirana 2001, S. 279ff.).

Das Konzept der KP Jugoslawiens (KPJu) das sich an der von der Komintern vorgegebenen Linie zur Lösung der nationalen Frage orientierte, beinhaltete, im Zuge der proletarischen Revolution eine Republik der Arbeiter und Bauern zu errichten und den unterdrückten Völkern dadurch die nationale Freiheit zu sichern. Es erwies sich unter den konkreten Bedingungen – die jugoslawische KP hatte in Kosova nur wenige Mitglieder – als kaum handhabbar. Faktisch verfolgte auch die erst 1941 während des antifaschistischen Widerstandskampfes gegründete KP Albaniens, die sich im Partisanenkampf auf die Zusammenarbeit mit der KPJu stützte, eine solche „internationalistische“ Linie. Sie sah vor, dass die Albaner in Kosova nach der Vertreibung der faschistischen Besatzer über ihre Zukunft bei Wahrung des Selbstbestimmungsrechts entscheiden sollten.

In der KPA stellte das Thema Kosova anfangs eine Art „verbotener Apfel“ dar.⁶ Die in theoretischer Hinsicht und praktisch noch wenig erfahrene albanische Führung hatte keine klare Vorstellung darüber, wie man sich zu diesem diffizilen nationalen Problem verhalten sollte; viel zu lange hüllte sie sich dazu in Schweigen. Zudem drängten die jugoslawischen Berater Miladin Popović und Dušan Mugoša die Parteispitze darauf, dass das nicht Sache der albanischen Kommunisten sei, sondern dass es sich um eine Angelegenheit der KPJu handelt.

Angesichts dessen, dass die nach der Zerschlagung Jugoslawiens durch das Deutsche Reich mit der faschistischen „Neuordnung“ erfolgte Angliederung Kosovos 1941 an Albanien von der Bevölkerung zunächst als Befreiung erlebt wurde, verwies der Mitbegründer der KPA Koço Tashko schon im Herbst 1942 darauf, dass die „internationalistische“ Formel eine starke Sprengkraft in sich barg. In der Praxis traten auch erhebliche Probleme auf, weil es den kommunistisch geführten jugoslawischen und albanischen Partisanen nicht gelang, dort Fuß zu fassen. Und es bestand Gefahr, dass große Teile der Bevölkerung auch im Mutterland auf die nationalistische Propaganda der Kollaborationsregierungen von einem „Großalbanien“ hereinfließen.

Um handlungsfähig zu werden, bedurfte es einer Politik, die objektiv vorhandenen nationalen Wünschen stärker Rechnung trug und sich nicht allein mit einer abstrakten Orientierung auf den Internationalismus begnügte. Ein wichtiges Signal, mit dem Sinn für politische Realitäten

⁶ Siehe Kristo Frashëri, *Historia e lëvizjes se majtë në Shqipëri dhe e themelimit të PKSh-së 1871-1941*, Tirana 2006, S. 261.

Schritte anzugehen, war von einem Treffen von Vertretern des Generalrats der Nationalen Befreiung Albaniens und der nichtkommunistischen Widerstandsorganisation „Balli Kombëtar“ (Nationale Front) Anfang August 1943 in Mukje ausgegangen. Die Delegierten der beiden Organisationen sprachen sich für die Unabhängigkeit Albaniens in den Grenzen von 1913 und die Vereinigung der von Albanern bewohnten Gebiete in Kosova und Metochien mit dem Mutterland aus, gemäß dem Prinzip auf Selbstbestimmung der Völker, das durch die Atlantik-Charta anerkannt und garantiert worden ist.⁷ Die Initiative von Mukje wurde zwar von der Führung der KPA, namentlich von Enver Hoxha, als „gefährlicher Verrat“ zurückgewiesen, doch sie ließ in der KPJu die Alarmglocken läuten.

Der Brief J. B. Titos vom Dezember 1943, der im Historischen Zentralarchiv in Tirana aufbewahrt wird, ordnet sich in diesen historischen Zusammenhang ein. Der jugoslawische Parteiführer bekräftigte in dem Schreiben, was er schon Ende 1942 in seinem Artikel „Die nationale Frage in Jugoslawien im Lichte des nationalen Befreiungskampfes“ im Organ der KPJu „Proleter“ geschrieben hatte: Die Frage Kosovos und Metochiens werde einfach und zufriedenstellend gelöst unter der Voraussetzung, dass Jugoslawien erst von faschistischer Besetzung befreit und jedes Volk im bewaffneten Kampf sein Recht auf Freiheit erreichen wird.⁸

In dieser grundsätzlichen Aussage stimmten alle Beteiligten überein. Allerdings enthielt sein Brief auch diesmal keine Aussage darüber, wie das Recht der albanischen Minderheit auf Selbstbestimmung konkret umgesetzt werden sollte und ob auch eine Lostrennung Kosovos von Jugoslawien darunter zu verstehen sei. Tatsächlich gab es bei den Albanern in Kosova wie in Albanien und in der albanischen KP eine Erwartungshaltung, die in Rede stehenden Gebiete nach der Befreiung mit dem Mutterland zu vereinigen. Der Ende 1943/Anfang 1944 auf der Konferenz in Bujan gebildete Nationale Befreiungsrat von Kosova sprach sich dafür aus, dass die Albaner in Kosova durch den gemeinsamen Kampf mit den anderen Völkern Jugoslawiens die Möglichkeit nutzen, über ihr Schicksal auf der Grundlage des Rechts auf Selbstbestimmung bis zur Loslösung selbst zu entscheiden und ihre Hoffnung auf Vereinigung mit dem Mutterland zu verwirklichen.⁹

⁷ Siehe AQSH, F 14; V 1943; D 21; Bl. 4.

⁸ Der Artikel ist in albanischer Sprache in der Zeitung „Zëri i Popullit“ (Volksstimme), dem Organ der KPA, im Februar 1944 veröffentlicht worden.

⁹ Siehe Erwin Lewin, Dokumente zum antifaschistischen Widerstand in Kosova: Die

Titos Brief ist wohl auch vor dem Hintergrund der II. Konferenz des Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens (AVNOJ) Ende November 1943 zu sehen. Der AVNOJ hatte in Jajce am Vorabend der Befreiung des Landes beschlossen, Jugoslawien nach Kriegsende als föderativen Staat in den Vorkriegsgrenzen wieder zu errichten. Albanische Vertreter aus Kosova hatten an der Konferenz nicht teilgenommen, indessen war dort betont worden, dass die jugoslawischen Völker in einer neuen Föderation nicht zulassen würden, dass die Einheit des Staates zerschlagen wird. Mit dem Hinweis in seinem Brief auf das Selbstbestimmungsrecht schloss der jugoslawische Parteiführer zum einen die Lösung der Kosova-Frage in der Perspektive nicht aus, andererseits forderte er massiv den organisierten bewaffneten Kampf ein, wobei das erste Anliegen in den Hintergrund trat. Sein Verständnis für das Anliegen der Albaner blieb begrenzt und der Verweis auf eine zukünftige Lösung wurde von ihnen eher als Trostpflaster empfunden. Die Aussicht auf eine Lösung sollte sich dann angesichts der konkreten Bedingungen als trügerisch erweisen. Im Februar 1945 wurde in der gesamten Region von Kosova eine jugoslawische Militärverwaltung errichtet, die den albanischen Bewohnern kaum Gelegenheit bot, von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen.

Das Dokument wird in deutscher Sprache erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Erwin Lewin

An das Zentralkomitee der Albanischen Kommunistischen Partei¹⁰

Liebe Genossen,

in Verbindung mit dem Brief des Genossen Milo (Milajdin)¹¹ sowie den Gesprächen Eures Vertreters mit dem Genossen Milutin¹² halte ich es für angebracht, auf die von Euch gestellten Fragen zur Situation in Kosova und Metochien zu antworten und einige Faktoren hervorzuheben, die für die Entfaltung des nationalen Befreiungskampfes in Kosova und Metochien ebenso wie bei Euch von großem Gewicht sind.

Wenn die nationale Frage erörtert wird, sind zwei Tatsachen zu berücksichtigen:

Die erste: Jede Nation hat das Recht auf Selbstbestimmung einschließlich der Lostrennung.

Zweitens: Wir unterstützen nicht jede nationale Bewegung, sondern nur diejenige, die sich wirklich und aktiv vor allem gegen den Imperialismus richtet, d. h. jene Bewegungen, die tatsächlich für die demokratische nationale Entwicklung eintreten.

Das bedeutet, dass die Albaner in Kosova und Metochien das Recht haben, entsprechend ihren Neigungen und Wünschen zu leben. Indes sehen wir das Problem heute in völliger Übereinstimmung mit unserer theoretischen Auffassung folgendermaßen: Die Albaner in Kosova und Metochien setzen sich aus unterschiedlichen Klassen und Schichten zusammen, die keine einheitlichen Vorstellungen und Interessen aufweisen, und daraus folgt, dass sie keinen gemeinsamen Weg gehen können. Verschiedenartige Elemente der V. Kolonne noch aus Jugoslawien und der Quisling-Regierung in Tirana sowie verschiedene Reaktionäre, die auf Unterstützung von außen warten und faktisch mit dem Eroberer zusammenarbeiten, unterbreiten die Idee, Großalbanien zu schaffen und Kosova und Metochien mit Albanien zu vereinen, also ein solches Albanien zu bilden, das wenn es nach ihren Vorstellungen ginge, keine wirklich demokratische Schöpfung, sondern ein Spielball in den Händen der Imperialisten wäre.

Diese Elemente nutzen alle Mittel, um den bewaffneten Kampf des Volkes gegen den Eroberer zu verhindern und die Verwirklichung der nationalen Befreiungsbewegung sowie die Verbrüderung der Albaner in Kosova und Meto-

¹⁰ Albanische Kommunistische Partei und Kommunistische Partei Albaniens wurden als Synonyme verwendet.

¹¹ Pseudonym von Miladin Popović (1900–1945). Er hatte 1941 gemeinsam mit Dušan Mugoša (1914–1977) als Vertreter der KP Jugoslawiens an der Gründungskonferenz der KP Albaniens teilgenommen. Popović, der bis 1944 als enger Berater der albanischen Parteiführung wirkte, hatte in einem Schreiben vom 29.7.1943 zunächst die Absprachen von Mukje unterstützt, wandte sich jedoch sehr bald dagegen.

¹² Vermutlich Ivan Milutinonović (1901–1944), Mitglied der Führung der KP Jugoslawiens.

chien mit den Angehörigen der anderen Nationen in dieser Region zu hintertreiben. Dem steht das Anliegen des albanischen Volkes und der Bewohner in Kosova und Metochien total entgegen. Ihren Interessen, ihrer Zukunft in Kosova und Metochien sowie der Zukunft Albaniens selbst entspricht die Realisierung einer starken bewaffneten Bewegung gegen den deutschen Eroberer als einziger Garantie für eine glückliche Zukunft des albanischen Volkes.

Heute die Frage der Vereinigung zu stellen bedeutet faktisch, Wasser auf die Mühlen der unterschiedlichen Reaktionäre und des Eroberers zu gießen. Sie suchen den bewaffneten Kampf des Volkes zu stören, indem für sie ungefährliche und inaktuelle Fragen hochgespielt werden. Eine wirklich demokratische nationale Befreiungsbewegung der Albaner kann in Kosova und Metochien ebenso in Albanien nicht verwirklicht werden, wenn kein bewaffneter Kampf gegen den deutschen Eroberer und seine Helfershelfer geführt wird.

Der Genosse Milo hat nicht Recht wenn er sagt, dass sich unsere Partei – zugleich diejenige Albaniens – zur Frage Kosovos und Metochiens festlegen sollte. Er ist auch nicht im Recht, wenn er Kosova und Metochien mit Istrien vergleicht und meint, dass unsere Partei eine richtige Haltung hatte und hat und versucht, jede echte demokratische Bewegung zu unterstützen, die den Imperialismus – im konkreten Fall den deutschen Faschismus und alle seine Helfer – schwächt. Diese treten auf unterschiedliche Weise im Inneren und außerhalb des Landes auf. Die demokratische Bewegung muss daher in ihrer Entwicklung betrachtet werden, und alle Tatsachen zeugen davon, dass sie heute in Jugoslawien nicht nur die stärkste Kraft ist, sondern von ihr die besten Ergebnisse für die Zukunft ausgehen werden. Sie stellt schon heute die Hauptkraft auf dem Balkan dar. Alle reaktionären internationalen Cliquen gehen aktiv gegen sie vor. So ist es verständlich, dass an der Istrien-Frage und weiteren Gebieten alle Reaktionäre interessiert sind und wir diese Frage, als die Regierung Badoglio versuchte die Vergangenheit zurückzudrehen, nicht vernachlässigen durften.¹³

Völlig anders stellt sich die Angelegenheit Kosovos und Metochiens dar. Dort sind die verschiedenen reaktionären Cliquen bestrebt, den bewaffneten Aufstand gegen den Eroberer zu verhindern und unsere Bewegung als großserbisch darzustellen. Allein der bewaffnete Kampf kann klar zeigen, was jeder anstrebt und so die wirkliche Demokratie und die Verbrüderung der Völker stärken. Es ist nicht erforderlich zu erklären, dass sich in dieser Frage

¹³ Die Halbinsel Istrien, die seit 1920 zu Italien gehörte, wurde von der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee befreit, und der Hauptteil kam 1947 im Friedensvertrag mit Italien unmittelbar zu Jugoslawien. 1954 wurde auch der Nordwesten mit Ausnahme von Triest der jugoslawischen Verwaltung unterstellt und 1975 (Vertrag von Osimo) Jugoslawien völkerrechtlich angegliedert.

zwischen uns und dem demokratischen antiimperialistischen Albanien irgendein Problem ergeben könnte.

Heute kommt es für das albanische Volk in Kosova und Metochien darauf an, die brüderliche Verbundenheit zu den heldenhaften Völkern Jugoslawiens und den gemeinsamen Kampf gegen den deutschen Eroberer zu stärken. Nur durch diesen Widerstandskampf kann das albanische Volk erkennen, dass die Volksbefreiungsbewegung in Jugoslawien nicht sein Feind ist und nicht sein kann, sondern Mitstreiter für eine bessere Zukunft sowohl für die eine als auch für die andere Seite. Das neue Jugoslawien, das entsteht, wird ein Land freier Völker sein, deshalb wird es keinen Raum für nationale Unterdrückung auch nicht der albanischen Minderheit geben. Damit das sichtbar und durchgesetzt wird und die Freiheit Albaniens selbst erreicht wird, muss – ich wiederhole das – vor allem gegen die deutschen Invasoren und ihre Steigbügelhalter gefochten werden. Das ist die erste und wichtigste Aufgabe für Euch und für uns.

6 – XII – 1943¹⁴

Mit kameradschaftlichem Gruß
(TITO)

Information

Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz in Chicago, 27.-29. April 2018

36 Referentinnen und Referenten aus China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Italien, Kanada, Kroatien, Litauen, Ungarn und USA beteiligten sich an der Veranstaltung im Gewerkschaftshaus der „United Electrical, Radio and Machine Workers of America“. Kennzeichnend für das rege Interesse an der Rosa-Luxemburg-Forschung war, dass eine Reihe von Anmeldungen aus Kapazitätsgründen nicht berücksichtigt werden konnte. Besonders erfreulich die Beteiligung vieler junger Forscher/innen. Ökonomische und Gender-Themen waren am stärksten vertreten. Die Veranstalter „Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft“ und „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ konnten eine erfolgreiche Konferenz verzeichnen.¹⁵

¹⁴ Der Ort, an dem das Schreiben abgefasst wurde, ist nicht genannt.

¹⁵ Details: http://www.internationale-rosa-luxemburg-gesellschaft.de/html/chicago_2018.html mit Links zu einigen Referatstexten.

Sergej Iwanowitsch Tjulpanow **Brückenbauer zwischen Russen und Deutschen**

Über das Leben und Wirken dieses Militärs und Wissenschaftlers ist im Verlag Edition Ost ein Buch mit dem Titel „Sergej Iwanowitsch Tjulpanow – Stalins Macher und Widersacher“ unter unserer Autorenschaft angekündigt. Hilfreicher Ausgangspunkt für das von uns vor fünf Jahren begonnene Projekt eines politischen Porträts über Tjulpanow waren unsere unvergessenen engen persönlichen Kontakte mit Sergej Iwanowitsch und seiner Familie während unseres Studiums in den siebziger Jahren in Leningrad und danach. Prof. Tjulpanow war der wissenschaftliche Betreuer der Aspirantur der Autorin.

Lebenslinien und -stationen

Geboren wurde Sergej Iwanowitsch am 3. Oktober 1901 in einem kleinen Dorf bei Pskow, südwestlich von Sankt Petersburg. Vater Iwan war Landvermesser und Gutsverwalter beim Grafen Stroganoff. Er hatte auch in Deutschland Landwirtschaft studiert. Die Mutter Elsa stammte aus dem nahen Baltikum. Auch sie war gebildet, und sie sprach gut Deutsch. In der bis heute erhaltenen Familienbibliothek gibt es viele deutsche Bücher, u.a. von August Bebel. Gelegentlich las man auch deutsche Zeitschriften. Mit dem jüngeren Bruder Nikolai war die Familie Tjulpanow dann komplett. Sergej absolvierte die Grundschule und die höhere Berufsschule, denn die Eltern sorgten für eine gute Bildung der Kinder.

Die Februar- sowie die Oktoberrevolution in Petrograd und die Entwicklung der Ereignisse danach verfolgte der junge Tjulpanow sehr aufmerksam. Als 1918/1919 konterrevolutionäre Aktionen, der Bürgerkrieg und die ausländischen Interventionen begannen, musste er sich für eine der kämpfenden Seiten entscheiden - für die Roten oder für die Weißen. Er meldete sich, noch nicht achtzehnjährig, als Freiwilliger zur Roten Schützendivision, um die Heimat zu verteidigen. Der Weißgardisten-General Judenitsch marschierte mit seinen Truppen auf Pskow und Petrograd. In ihren Reihen waren auch ehemalige deutsche kaiserliche Soldaten.

Bis zum Ende der Bürger- und Interventionskriege 1923 kämpfte Tjulpanow an verschiedenen Fronten. Mit seiner aktiven Komsomolarbeit und seinem Organisationstalent für militärökonomische Belange empfahl er sich „zur höheren Verwendung“. Von 1925–1929 studierte Sergej

Iwanowitsch an der Höheren Kommandeursschule/Abteilung Wirtschaft in Leningrad. Werke von Marx und Engels in Deutsch zu lesen gehörte zu seinen Leidenschaften. Ein nachhaltiges Erlebnis war für ihn Ernst Thälmanns Rede auf einer Kundgebung 1928 im Leningrader Hafen. 1927 war er Mitglied der Kommunistischen Partei geworden. Kommissar Tjulpanow beendete 1936 eine externe Aspirantur als „Kandidat der Ökonomischen Wissenschaften“ (Dr.oec.). Bis 1941 lehrte er dann als Professor für Politökonomie an Hochschulen Leningrads, war inzwischen verheiratet und Vater dreier Kinder. Seine guten Deutschkenntnisse, so erklärte er später mehrfach, hätte er in jenen Jahren durch ein Studium in Heidelberg erlangt. Während der Repressionszeit war er 1937/38 fast ein Jahr lang „verschwunden“, was zu einer gewissen Legendenbildung beitrug. Seine Eltern waren mit Bezug auf vermeintliche „Deutsch“-Beziehungen verhaftet und verurteilt worden und sind später umgekommen. Sie wurden 1956 rehabilitiert.

Nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion meldete sich Kommissar Tjulpanow sofort an die Front. Aufgrund seiner propagandistischen Fähigkeiten und Kenntnisse der deutschen Mentalität und Kultur wurde er als Regimentskommissar Leiter der 7. Abteilung der Politverwaltung der Leningrader Front – zuständig für Konterpropaganda: Flugblätter, Heimat- und Weihnachtsmusik per Lautsprecher, Verhöre von Gefangenen und Auswertung von Feldpostbriefen zielten auf die Kampfmoral der Feindsoldaten.

Im Herbst 1942 wird Oberst Tjulpanow an die kriegsentscheidende Stalingrader Front kommandiert. Er übernimmt wiederum die 7. Abteilung. In einem der Gefangenenverhöre hatte er den jungen Flieger-Offizier Graf von Einsiedel, einen Urenkel Bismarcks, vor sich. Von Einsiedel war erstaunt über Tjulpanows Geschichtskennntnisse. Später wirkte von Einsiedel in den Antihitler-Organisationen deutscher Patrioten aktiv mit. Oberst Tjulpanow traf in dieser Zeit mit vielen deutschen Antifaschisten zusammen, so z.B. mit Erich Weinert, Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Johannes R. Becher und Friedrich Wolf. Nach dem Sieg von Stalingrad kämpfte Tjulpanow bis Kriegsende mit der 7. Abteilung der 4. Ukrainischen Front bis vor die Tore von Prag.

Im Sommer 1945 wurde Oberst Tjulpanow nach Berlin versetzt, um im Auftrag von Marschall Shukow die Verwaltung Propaganda der SMAD aufzubauen. Als Chef dieser Verwaltung, später Verwaltung Information, trug er eine hohe Verantwortung bei der Umsetzung des Potsdamer Ab-

kommens zur Denazifizierung, Demilitarisierung und Demokratisierung des deutschen Volkes.

Im Fokus unserer Publikation steht Tjulpanows Wirken in der sowjetischen Besatzungszone und im Alliierten Kontrollrat 1945 bis 1949. Als „oberster Kulturoffizier“ der SMAD ist er vielen Deutschen bis heute ein Begriff. Er nahm Einfluss auf die Gestaltung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone. Hilfreiche Anregungen gab er den fortschrittlichen Kräften mit seinen Ansprachen auf Parteitagen der SED, der CDU, und der LDPD, bei der Gründung der NDPD und der Bauernpartei, bei der Schaffung des einheitlichen antifaschistisch-demokratischen Jugendverbandes FDJ, auf Kongressen der Gewerkschaften, Veranstaltungen der DSF, des Kulturbundes, des DFD, der VVN und anderen. Gleichzeitig sorgte er für materielle Zuwendungen wie Papier, Druckereikapazität, Gebäudezuweisungen, Verpflegung, erteilte Lizenzen und Genehmigungen. Sein facettenreiches Engagement in der Zusammenarbeit mit den neuen ostdeutschen Repräsentanten der Politik (Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Wilhelm Külz, Otto Nuschke, Arthur Werner u.a.), der Wirtschaft (Fritz Selbmann, Luitpold Steidle u.a.), der Kultur (Johannes R. Becher, Anna Seghers, Friedrich Wolf, Bernhard Kellermann, Ernst Busch, Walter Felsenstein, Ernst Legal, Klaus Gysi u.a.), der Wissenschaft (Jürgen Kuczynski, Theodor Brugsch, Georg Mayer u.a.), der Bildung (Paul Wandel u.a.) der Jugend (Erich Honecker), mit Akteuren der Gewerkschafts-, Frauen- und vieler anderer Organisationen sowie der neu gegründeten Parteien und auch mit Vertretern der Kirche wie Probst Heinrich Grüber und Bischof Dibelius hat Spuren hinterlassen.

Neben Shukow und dessen Nachfolgern Sokolowski und Tschuikow zählt Tjulpanow unbestritten zu den wichtigsten Persönlichkeiten der SMAD. Auch seine westlichen alliierten Kollegen oder Gegenspieler zollten ihm Respekt. Tjulpanows „Brückenbau“ zwischen Russen und Deutschen ward in Moskau von einigen einflussreichen Politikern der Partei- und Staatsführung nicht gerne gesehen. Sie forderten mehrmals seine Abberufung. An seiner Person, seinen Entscheidungen und Handlungsweisen entzündeten sich differierende Einschätzungen, denen widersprüchliche Anweisungen sowie Praktiken des ZK der KPdSU und des sowjetischen Außenministeriums, des Innenministeriums (NKWD), der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, des Verteidigungs-

ministeriums, der SMAD und der Reparationsorgane im Nachkriegsdeutschland folgten.

Mit der Gründung der DDR im Herbst 1949 ging die schrittweise Auflösung der SMAD einher. General Tjulpanow wurde in die Heimat zurück beordert. Einige seiner Widersacher versuchten, ihn u.a. wegen seiner Eltern zu diskreditieren, verleumdeten ihn mit abstrusen Anschuldigungen, ja bedrohten sogar sein Leben. Der Kommunist und Internationalist Tjulpanow blieb auch in dieser Situation standhaft.

Anfang der 1950er Jahre kehrte er zu seiner geliebten Tätigkeit, der Lehre und Forschung, zurück. Als Professor lehrte er an militärischen und zivilen Hochschulen in Leningrad und bildete in den Folgejahren an der Staatlichen Shdanow Universität eine ganze Generation junger marxistischer Wissenschaftler heran. Sein Forschungsgebiet wurde mehr und mehr die Politische Ökonomie des Kapitalismus, insbesondere der Entwicklungsländer. Das brachte ihm hohe internationale Anerkennung ein. Orden und Auszeichnungen verweisen auf sein Renommee. Mit seinen Fachbüchern, Artikeln, Vorlesungen und Vorträgen hinterlässt er ein bleibendes wissenschaftliches Werk, das in viele Sprachen übersetzt wurde.

Außerordentlich war sein freundschaftliches Verhältnis zum deutschen Volk, insbesondere zur DDR, deren Entwicklung er maßgeblich mit befördert hatte. Es machte ihn wütend, dass er viele Länder bereisen durfte, aber keine Genehmigung aus Moskau erhielt, Einladungen in die DDR oder die BRD wahrzunehmen. Nicht einmal zur Verleihung der Ehrendoktorwürde der Karl-Marx-Universität Leipzig 1959 oder zur Überreichung des Vaterländischen Verdienstordens der DDR in Gold 1960 erhielt er Reiseerlaubnis. Erst 1965 konnte Professor Tjulpanow auf Einladung des Kulturbundes die DDR besuchen und Mitkämpfer und Freunde wiedersehen. Von da an weilte er regelmäßig in der DDR und auch in der BRD, hielt Vorträge, traf sich mit Politikern, Militärs, Kulturschaffenden, Studenten und Wissenschaftlern und war gern gesehener Ehrengast vieler Veranstaltungen. Die im Politbüro des ZK der SED zu seinem 70. Geburtstag beschlossene Auszeichnung mit dem Karl-Marx-Orden wurde aus Moskau unterbunden.

In der Nacht zum 16. Februar 1984 endete das bewegte Leben Sergej Iwanowitsch Tjulpanows. Am Vorabend hatte er noch zwei Briefe aus der DDR gelesen.

Quellenlage

Sergej Sergejewitsch Tjulpanow, jüngster Sohn Sergej Iwanowitschs, hat exklusiv für uns das Privatarchiv seines Vaters geöffnet und gemeinsam mit seiner Frau Vera und Enkelin Tanja in mannigfacher Weise unsere Projektarbeit in St. Petersburg unterstützt.

Das persönliche Archiv Tjulpanows birgt eine Fülle verschiedenster interessanter Materialien und Dokumente, z.B. Artikel, Reden, Aufsätze, Vorträge und Vorlesungen, Manuskripte, Berichte und Rezensionen aus seiner Feder, Interviews mit ihm, umfangreiche Korrespondenzen mit führenden Politikern des In- und Auslandes, mit ehemaligen Kriegskameraden, mit Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern, Urkunden, Ausweise, Mitgliedskarten, Orden und Medaillen, Fotos und Sammlungen, z.B. von Flugblättern, Presseauschnitten u.v.a.m. Sie sind nicht geordnet, weder verzeichnet noch bearbeitet. Es gibt keinerlei Findmittel. Einen Teil der Materialien konnten wir per Scanner erfassen, Annotationen anfertigen, sie verzeichnen und für unser Projekt auswerten. Einen Teil des persönlichen Nachlasses von Sergej Iwanowitsch hatte seine Witwe, Irina Kyrillowna, Ende der achtziger Jahre dem Kulturbund der DDR übergeben.

Mit der in Deutschland lebenden Urenkelin Tjulpanows, Alisia, stehen wir in Verbindung. Sie beschäftigt sich mit ihrer Familiengeschichte, nimmt Anteil an unserer Arbeit und ist uns eine kundige Gesprächspartnerin. Über Alisia konnten wir auch mit weiteren Familienmitgliedern in St. Petersburg Kontakt herstellen und Gespräche führen.

Eine notariell beglaubigte Genehmigung Sergej Sergejewitschs mit der Erlaubnis, alle in verschiedensten russischen Archiven zu S. I. Tjulpanow aufgespürten Quellen einsehen und auswerten zu dürfen, ebnete uns den Weg. Wir bekamen im Russischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte (früheres Zentrales Parteiarchiv der KPdSU), im Militärhistorischen Archiv Moskau und im Universitätsarchiv der Staatlichen Universität St. Petersburg Dokumente zum Thema vorgelegt. An das Zentralarchiv des russischen Verteidigungsministeriums in Podolsk bei Moskau haben wir einen Antrag auf Zugang zur Personalakte S. I. Tjulpanows gestellt, der bisher nicht genehmigt wurde. Das FSB-Archiv in Moskau hat unser Ersuchen auf Akteneinsicht mit einer schriftlichen Mitteilung, dass kein Material zu unserem Forschungsgegenstand vorhanden sei, abgetan.

In der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv fanden wir dank der freundlichen Unterstützung des kompetenten Fachpersonals sowohl in den Beständen des vormaligen Zentralen Parteiarchivs der SED als auch des Kulturbundes der DDR und in Nachlässen interessante Ergänzungen zu unseren Recherchen in Russland.

Auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung (Nachlass St. Doernberg), das Literaturarchiv der Akademie der Künste (Nachlass A. Seghers u.a.), die Berliner Landesbibliothek (Nachlass J. Kuczynski) und die Universitätsarchive der Universitäten Rostock und Heidelberg unterstützten unsere Arbeit.

Das Museum Porchow aus dem Heimatbezirk Tjulpanows (Pskowsker Gebiet) hat uns Materialien über die Familie Tjulpanow übergeben. Prof. Artur Davydowisch Girgidow, Freund und Nachbar der Tjulpanows, verdanken wir wertvolle Aufschlüsse zur Familiengeschichte. Wir führten Gespräche mit hoch betagten Kampfgefährten und Zeitgenossen Tjulpanows wie Professor Torkanowski (†2015) und Professor Drabkin (†2015), mit Menschen, die ihn gekannt oder mit ihm gemeinsam gearbeitet haben, und wir lassen Freunde und Wegbegleiter mit Erinnerungen zu Wort kommen. Porträtiert wird Sergej Tjulpanow auch mit Texten aus seiner eigenen Feder, wir geben ihm selbst umfangreich das Wort und räumen den Lesern die individuelle Rezeption ein.

Inge Pardon und Michael Pardon

Das Dokument

Bittbrief der Gräfin Irina von Einsiedel, geborene Bismarck, an Oberst Tjulpanow, sich für ihren in sowjetische Gefangenschaft geratenen Sohn, den Fliegerleutnant der faschistischen deutschen Luftwaffe, Graf Heinrich von Einsiedel¹, zu verwenden. Das Dokument ist aus dem Privatarchiv S.I. Tjulpanows, 2 Seiten, handschriftlich, russisch. Auf der ersten Seite befindet sich links oben ein handschriftlicher Bearbeitungsvermerk von Tjulpanow, der nur teilweise entzifferbar ist.²

¹ Graf Heinrich von Einsiedel (1921–2007) war Mitbegründer des im Juli 1943 in Krasnogorsk bei Moskau gegründeten Nationalkomitees Freies Deutschland (Vorsitz Erich Weinert) und sein Vizepräsident. Auch im Ende 1943 gegründeten Bund Deutscher Offiziere (Präsident General von Seydlitz) engagierte sich v. Einsiedel.

² An Morilow, Geben Sie ... Bericht, 8/II 47 Tjulpanow.

Gräfin
Irina Einsiedel
Geborene Bismarck

Bad Harzburg
bei Braunschweig
Bismarckstr. 24

25. Jan. 1947

An Herrn Oberst T J U L P A N O W

Hochverehrter Oberst!

Es schreibt Ihnen die Enkelin des bedeutenden Staatsmannes BISMARCK, dessen Vermächtnis immer ein ewiger und unzerstörbarer Frieden mit Russland war. Sogar auf dem Sterbebett, nachdem Wilhelm II. unter dem Einfluss finsterner Mächte meinen Großvater in den Ruhestand gezwungen hatte, hat dieser wiederholt: „NIE GEGEN RUSSLAND!“

Ich schreibe Ihnen heute als Mutter:

Mein 24jähriger Sohn Heinrich Einsiedel (den Sie, vielleicht, aus Moskau kennen, weil er zur Gruppe des Generals Seydlitz gehörte), geriet seinerzeit in Gefangenschaft, und mein Leben, das Leben einer einsamen, alternden Frau, vergeht in bitterer und trauriger Vereinsamung. Könnten Sie nicht dort, wo es notwendig ist, ein warmes Wort einlegen, damit mein Sohn freigelassen wird.

Der Vater meines Sohnes ist verstorben, ich bin alleinstehend, und er könnte die Herbsttage meines Lebens verschönen.

Unser Vermögen haben wir verloren, ich schlage mich mit Stundengeben in Fremdsprachen durch, und mein Sohn, gelänge es ihm, schneller aus der Gefangenschaft heimzukehren, könnte mich unterstützen.

Helfen Sie mir und ihm im Namen der Menschenliebe. Bringen Sie seine Angelegenheit bei den entsprechenden Instanzen ‚in’s Rollen‘.

Mit tiefer Dankbarkeit und Hochachtung
Irina Gräfin Einsiedel
geb. Bismarck

Die Adresse meines Sohnes
Heinrich Einsiedel
ROTES KREUZ
MOSKAU
Briefkasten 48

Tagungen und Konferenzen

28. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 17. April 2018

Die Sitzung des Kuratoriums wurde von der neu ernannten Vorsitzenden Frau Maria Bering geleitet. Sie fand in den nun fertiggestellten Räumlichkeiten des Gebäudekomplexes 903 statt, in dem sich jetzt die Arbeitsräume der Mitarbeiter befinden. Auf der Tagesordnung standen der Bericht der Stiftungsdirektorin Frau Dr. Walther-von Jena sowie Informationen über Arbeitsergebnisse und Veränderungen in der Bibliothek nach dem Ausscheiden der Bibliotheksleiterin Elrun Dolatowski (vorgelesen von Frau Mielke) und über die Erschließung und Digitalisierung der in der SAPMO-BArch vorhandenen Tonträger (vorgelesen von Frau Fischer).

In Erläuterung des vorliegenden schriftlichen Berichtes unterstrich die Stiftungsdirektorin vor allem die Ergebnisse in der Bestandserschließung und deren Präsentation.¹ Aufschlussreich erweisen sich die Angaben über die Themenschwerpunkte der Benutzung, unter denen ein besonderes Interesse an den internationalen Beziehungen der DDR und der SED vermerkt wurde. Zu den meistgenutzten Beständen gehören die Überlieferungen der SED, der FDJ, des DTSB und des Kulturbundes, die Nachlässe von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht sowie die Sammlung von Erinnerungen. Die Frage, ob mit den fortschreitenden Erschließungsarbeiten noch gravierende forschungsrelevante Neuentdeckungen zu erwarten seien, wurde verneinend beantwortet. Eine Ausnahme könnten noch zu erschließende Überlieferungen zur Westarbeit der Nationalen Front bilden. Das Interesse der Diskussion richtete sich besonders auf das im März dieses Jahres freigeschaltete Online-Portal Weimarer Republik, auf dem das Bundesarchiv authentischer Dokumente zur Geschichte der Weimarer Republik präsentiert.

Im Bereich der Bibliothek erweist sich als besonders aufwendige und anspruchsvolle Aufgabe die Konversion der analogen Kataloge. Frau Mielke konnte mitteilen, dass in naher Zukunft die in vieler Hinsicht herausragenden Bestände der Bibliothek des Instituts für Marxismus-

¹ Vgl. auch Erschließungsarbeiten, Internetpräsentation und Bestandszugänge der SAPMO(BArch) in diesem Heft.

Leninismus insgesamt online recherchierbar sein werden. Nach dem Ausscheiden von Frau Elrun Dolatowski wurde deren Planstelle nicht neu besetzt, sondern eine Umstrukturierung der Bibliothek vorgenommen. Für Grundsatzfragen der Bibliotheksarbeit wurde das von Frau Mielke geleitete „Kopfreferat“ StB 1 (Benutzung) verantwortlich gemacht.

Frau Fischer stellte die bisherigen Ergebnisse der Erschließung und Bereitstellung von Tonaufzeichnungen vor und verwies auf die komplizierten Arbeitsgänge bei deren Digitalisierung. Denn es handelt sich um mit unterschiedlichen Techniken und auf teils archaischen Tonträgern aufgenommene Aufzeichnungen unterschiedlicher Qualität, bei denen die Entstehungszusammenhänge teils schwer aufzuklären sind. Dennoch lassen sich bereits jetzt wichtige Aufzeichnungen im Internet anhören und auch herunterladen. Intensive Forschungen haben es mithin bei gravierenden Ereignissen mit einer mehrfachen Überlieferung zu tun: Mit Mitschnitten des gesprochenen Wortes auf Konferenzen und Tagungen, mit den Reinschriften von Stenogrammen und mit den Druckfassungen von Redetexten, wobei durchaus Abweichungen auftreten können, die nicht nur formaler Natur sind.

Der Autor dieses Berichtes nutzte den Tagesordnungspunkt Verschiedenes, um seiner Beunruhigung darüber Ausdruck zu verleihen, dass auf einer Auktion in Hamburg Dokumente aus dem Nachlass Walter Ulbrichts versteigert worden sind. Obwohl ein zwischen dem seinerzeitigen Stiftungsdirektor Dr. Konrad Reiser und Frau Lotte Ulbricht geschlossener Einbringungsvertrag existiert, sieht der Präsident des Bundesarchivs im konkreten Falle keinen Handlungsbedarf. Dieser wäre nur gegeben, wenn sich die entsprechenden Dokumente nachweislich im Bestand der 1995 an die Stiftung übergebenen Materialien befunden hätten.

Bei einem Rundgang konnten die Kuratoriumsmitglieder die neue Empfangshalle in Augenschein nehmen und sich über den Stand der Bauarbeiten informieren, mit deren Abschluss bis zum hundertjährigen Jubiläum der Gründung des Reichsarchivs im Herbst 2019 gerechnet wird.

Günter Benser

Zeitgeschichtliches Symposium zur Geschichte des Dragonerareals am 13./14. April 2018.

Dass Stadtgestaltung eine hochpolitische Angelegenheit ist, bei der nicht zuletzt über die Hoheit über öffentliche Räume gerungen wird, ist in Berlin eine Binsenweisheit. Umso verdienstvoller ist daher der Versuch des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg, in Kooperation mit der „Planergemeinschaft für Stadt und Raum eG“, den auf dem Gelände des „Dragonerareals“ am Mehringdamm tätigen Initiativen und Vertretern der Wissenschaft und Kunst Perspektiven für eine anspruchsvolle Zukunft dieses geschichtsträchtigen Baudenkmals zu diskutieren. Diese Debatte fand am 13./14. April im „Hebbel am Ufer“ statt und wurde von mehr als fünfzig Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht und mitgeführt. Dass es zu diesem zeitgeschichtlichen Symposium kommen konnte verdankt sich dem Hauptstadtvertrag des Bundes mit dem Land Berlin, nachdem Bundesfinanzminister Schäuble das Dragonerareal längst verkaufen wollte. Nach dem vor knapp einem Jahr unterzeichneten Hauptstadtfinanzierungsvertrag erhält Berlin neben dem Dragoner-Areal außerdem das Haus für Statistik in Mitte und die bislang bundeseigenen Flächen des Flughafengeländes Tegel. Im Gegenzug übernimmt der Bund die Immobilien des Jüdischen Museums, des Hauses der Kulturen der Welt, der Akademie der Künste, des Martin-Gropius-Baus und der Schinkelschen Bauakademie. Um die künftige bauliche und architektonische Gestaltung des Dragonerareals als eines Ortes des bezahlbaren Wohnens, der Begegnung, des historischen Erinnerns und des kulturellen Austausches ringen vor allem der Bezirk und der Senat miteinander. Der Ausgang ist offen, vor allem der vom Bezirk organisierte Versuch einer zwischen Experten, Verwaltungen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft erarbeiteten Planung ist bemerkenswert und zukunftssträchtig.

Vor der Eröffnung des Symposiums boten die Veranstalter die Gelegenheit, das Areal durch eine einstündige Führung kennen zu lernen. Hinter dem vollständig erhaltenen Mannschaftsgebäude der ehemaligen Dragonerkaserne, heute als Finanzamt genutzt, sind noch einige der ehemaligen Kasernengebäude erhalten, in denen zum Teil Kleingewerbe untergebracht ist. Spuren des ehemaligen „Autobahnahofs“ sind genauso erhalten wie solche der Rüstungsproduktion im Zweiten Weltkrieg. Äußerst interessante bauhistorische Details lassen sich feststellen und in Augenschein nehmen.

Nach der Eröffnung durch die Veranstalter gab Bertram Dudschus vom „Upstall Kreuzberg“ einen kompakten bau- und nutzungsgeschichtlichen Überblick über das Dragonerareal von seinen Ursprüngen im frederizianischen Preußen bis zum Bau der eigentlichen Kaserne ab 1850 bis zur heutigen Mischnutzung. Es folgten drei historische Vorträge u.a. zur Rolle der Dragonerkaserne während der Novemberrevolution. Dr. Holger Czitrich-Stahl thematisierte die Revolutionsperiode zwischen den Oktoberreformen 1918 und den Märzkämpfen 1919 mit dem Januaraufstand als Zentrum seiner Ausführungen und analysierte die konkurrierenden Revolutionskonzepte der MSPD und ihrer Verbündeten (republikanisch-demokratische Revolution) und der Radikalen (USPD, Revolutionäre Obleute, Spartakusbund/KPD: soziale Revolution). Der Kampf zwischen beiden Flügeln entbrannte vor allem um die Militärfrage (Ebert-Groener-Bündnis vs. demokratisches Volksheer), die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und die künftige Staatsstruktur, also Parlamentarismus vs. Rätesozialismus.

Dr. Ralf Hoffrogge stellte in seinem Vortrag die „Akteure des Aufstandes“ vor, also USPD, Obleute und Spartakisten. Insbesondere die USPD und die Revolutionären Obleute waren diejenigen Kräfte, die mit den meisten Aktiven den revolutionären Massenstreik am 9. November 1918 vorbereiten, in den Betrieben mobilisierten und die Arbeiterschaft auf die Straße brachten, so dass schon zur Tagesmitte des 9. November das Schicksal der Monarchie besiegelt war. Vor allem die Revolutionären Obleute blieben in der Revolutionshistoriographie bislang unberücksichtigt, so monierte Hoffrogge, der selbst über ihren bekanntesten Vertreter Richard Müller publiziert hat. Das Etikett „Spartakusaufstand“ für die Kämpfe im Zeitungsviertel im Januar 1919 ist ideologisch motiviert und historisch nicht haltbar. Von daher gebietet sich die Charakterisierung als „Januaraufstand“.

Dr. Mark Jones rückte die Bewertung der Rolle der Gewalt während der Revolution in den Fokus. Die Novemberrevolution habe als komplett friedliche Revolution begonnen, die ersten Toten an der Maikäferkaserne in der Chausseestraße waren die Opfer regulärer Truppen gewesen. Das „Ebert-Groener-Bündnis“ habe seither das Militär zur immer skrupelloseren Gewaltanwendung ermutigt, am 6. Dezember in der Chausseestraße, während der Weihnachtskämpfe, vor allem aber als willkürliches und hemmungsloses Töten während des Januaraufstandes und der Märzkämpfe. Am Beginn der ersten deutschen Demokratie, als Teil

ihres Gründungsaktes, stehen die Toten der niedergeschlagenen Aufstände und der Gewaltorgien in Lichtenberg und Friedrichshain. Dies aber werde stets verschwiegen oder noch immer als „Notwendigkeit zur Bewahrung der Ordnung gegen das drohende Chaos“ verbrämt. In der nachfolgenden Diskussion konnten alle Referenten u.a. bestätigen, dass gezielte Desinformation („fake news“) schon vor 100 Jahren als Vorwand für ein militärisches Eingreifen eingesetzt wurden.

Der Nachmittagsblock widmete sich vor allem der Erinnerung an die sieben Besetzer des Vorwärtsgebäudes, die als Parlamentäre mit weißen Fahnen über die friedliche Übergabe des Gebäudes verhandeln wollten. Auf dem Gelände der Dragonerkaserne wurden sie allesamt misshandelt und erschossen, darunter die Publizisten Wolfgang Fernbach und Werner Möller. Fernbachs Enkel, David Fernbach, berichtete über die familiäre Erinnerung an den von den Militärs ermordeten Großvater. Günter Watermeier (Initiative Januaraufstand) blickte auf die bisherige Erinnerungsarbeit zu den Aufstandereignissen zurück, Uta Wehde (Dragopolis) stellte die sieben Ermordeten der Nachwelt vor, Prof. Dr. Ingo Juchler und Dr. Irmgard Zündorf (Uni Potsdam) entwarfen mögliche Szenarien und Formen des öffentlichen Gedenkens an den Januaraufstand und die das Dragonerareal betreffenden Ereignisse. Eine angeregte Diskussion, in der die Beziehung zwischen Revolution und Architektur, Wohnen und Erinnern, Begegnung und Politischer Bildung engagiert erörtert wurde, schloss einen eindrucksvollen Symposiumstag ab, dem eine Kulturveranstaltung im Rathaus Kreuzberg folgte.

Der Sonnabend setzte den historischen Bogen der Thematik fort. Vor allem die Nutzung des Dragonerareals nach Auflösung des Militärstandortes gemäß den Bedingungen des Versailler Vertrages stand im Blickpunkt. „Vor der Allmende zur Kaserne“, „Auto-(Mobilität)“, „Zwangsarbeit in Kreuzberg“ und „Das Areal und die sozialen Bewegungen“ lauteten die in Form weiterer Vorträge gegebenen Impulse. Eine Diskussion über die gegebenen „Ansätze für ein Gesamtkonzept der Erinnerung“ beschloss eine rundweg gelungene Veranstaltung, in der auch die Novemberrevolution und lokale Dimensionen des Geschichtlichen eine vorrangige Bedeutung einnahmen. Welche konkreten Auswirkungen diese Aspekte letztlich erhalten, liegt sicher auch an den folgenden, gewiss nicht einfach Aushandlungsprozessen im Politischen.

Holger Czitrich-Stahl

"Revolution gegen Kaiser und Krieg, für demokratische Republik, Frieden und gar Sozialismus?"

Konferenz des Vereins „Helle Panke“ am 14. April 2018

Der 100. Jahrestag der Novemberrevolution ist ein Highlight im an geschichtspolitischen Jubiläen alles andere als armen Jahr 2018. Für den Herbst ist mit einer Vielzahl an Veranstaltungen zu rechnen. Nicht nur unser Förderkreis war hier im Frühjahr Vorreiter, sondern auch die Helle Panke. Am 14. April fand in den Räumen des Vereins im Prenzlauer Berg die Konferenz "Revolution gegen Kaiser und Krieg, für demokratische Republik, Frieden und gar Sozialismus?" statt. Wie die Überschrift vermuten lässt, ging es um unterschiedliche Sicht- und Rezeptionsweisen des historischen Ereignisses. Unterschiedliche Akteurinnen und Akteure wurden hervorgehoben: Die Räte, die USPD in Thüringen, einzelne Gruppen und Revolutionäre – und vor allem die Frauen in der Revolution. Ihnen widmeten sich gleich mehrere Vorträge.

Eröffnet wurde die Konferenz durch Stefan Bollinger (Berlin), der eine Gesamtschau der Ereignisse mit unterschiedlichen Aspekten entwarf. Gerhard Engel (Am Mellensee) referierte im Anschluss über die Räte in der Novemberrevolution. Diese seien im Herbst 1918 spontan entstanden, nach dem Vorbild der Sowjets in Russland. Hauptsächlich Industriearbeiter aus den Ballungszentren sowie Soldaten waren darin organisiert. Die Räte haben eine Massenbasis dargestellt, die einen großen Anteil am Zurückdrängen der Konterrevolution gehabt habe. Im ersten Halbjahr 1919 radikalisierten sich die Räte aus Enttäuschung über die politischen Entwicklungen, so Engel. Sie verloren an politischem Einfluss. Dazu trugen weitere Defizite bei: Räte konzentrierten sich auf die Ballungszentren und existierten kaum in der Provinz, es waren fast keine Frauen vertreten und zudem mangelte es an politischer Qualifikation für eine dauerhafte Etablierung. Engel gibt ihnen aber nicht die Schuld daran, dass die Novemberrevolution nicht den Sozialismus brachte. Für dessen dauerhafte Etablierung gab es seiner Meinung nach 1918/19 nämlich keine ernsthafte Chance.

Die SPD hatte daran sicherlich ihren Anteil, die Realitäten – gerade in der Fläche – aber auch. Über die Ereignisse hier sprach am Beispiel Thüringens Mario Hesselbarth (Jena). Das Land habe unmittelbar 1918 in der Novemberrevolution keine große Rolle gespielt und war in 8 Fürstentümer fragmentiert. Das Ende der Monarchie sei hier überall unterschiedlich verlaufen, gleiches galt für die Parteien. Bedeutend damals

sei die USPD gewesen, vor allem in den Städten. Aus ihren Versammlungen heraus habe sich Ende 1918 erst die revolutionäre Bewegung Thüringens entwickelt. Wilhelm Bock formulierte im Gothaer Tivoli den Anspruch, das Erbe der SPD fortzuführen, also sozialistisch aber nicht bolschewistisch sein zu wollen. Die USPD war Anfang 1919 stark in Thüringen, die linken Errungenschaften ihrer Politik wurden jedoch im Frühjahr 1919 von der Reichsregierung kassiert, Reichswehr und Freikorps marschierten in Gotha ein, wo es zuvor gelungen war, Räte und Abgeordnete zusammenzubringen.

Über die Parteigründungen und die Spaltung der Linken sprach Otto Kar Luban (Berlin). Während des Krieges sorgten Repressionen dafür, dass linksradikale Kooperationen und Vernetzungen stattfinden konnten. Nach der Revolution sei der Spartakus bewusst in der USPD geblieben, weil er organisatorisch zu schwach zum Überleben gewesen wäre. Luban schilderte, wie Luxemburg im Dezember eine Partei gründen wollte, dass dies dann 1919 geschah und somit neben MSPD und USPD noch eine dritte Partei für die Spaltung der Arbeiterbewegung sorgten, was 1920 mit der erneuten Spaltung der USPD noch fortgeführt wurde. Lubans Lehre daraus: „Spaltung schwächt die Arbeiterschaft“. Dietmar Lange (Berlin) wagte den Blick auf ein Jubiläum, dass erst im kommenden Jahr ansteht: die Märzkämpfe 1919 in Berlin. Im Gefolge der (konter-)revolutionären Ereignisse kam es Anfang März zum Generalstreik in Berlin. Gustav Noske ließ die Freikorps einmarschieren. Die Situation eskalierte, bis am 8.3. der Streik beendet wurde. Die Freikorps blieben jedoch, und im Osten der Stadt kam es bis zum 12.3. zu erbitterten Kämpfen. Rote Arbeiter kämpften gegen die Freikorps, die mit schweren Waffen (Tanks, Minenwerfer, Giftgas) vorgingen. Eine Falschmeldung über ermordete Polizisten bot Noske den Anlass, einen Schießbefehl zu erlassen, der die sofortige Hinrichtung bewaffneter Personen vorsah. Daraufhin kam es zu einer Welle willkürlicher Hinrichtungen und Massenexekutionen. Laut Noske gab es insgesamt 1200 Tote. Das Massaker war ein Exempel gegen die Berliner Arbeiterbewegung.

Vier Vorträge widmeten sich Frauen in der Novemberrevolution. Gisela Notz (Berlin) schilderte den langen Kampf um das Frauenwahlrecht seit dem späten 19. Jahrhundert. Bürgerliche Frauen haben damals nur gleiche Rechte für Frauen ihrer Klasse angestrebt, nicht für Arbeiterinnen. Auch die SPD sei eher zurückhaltend gewesen, fürchtete sie doch,

dass Frauen eher patriarchale, also rechte Parteien wählen würden. Ein zähes Ringen zu Beginn des 20. Jahrhunderts brachte Fortschritte im Kampf um das Frauenwahlrecht, welches schließlich 1918 durchgesetzt werden konnte. Bei der Wahl zur Nationalversammlung Anfang 1919 seien dann 41 weibliche Abgeordnete ins Parlament eingezogen – ein Wert, der in der Bundesrepublik erst bei der Bundestagswahl 1983 wieder erreicht werden konnte!

Marga Voigt (Berlin) stellte im Anschluss von ihr herausgegebene Briefe Clara Zetkins vor, die sich mit der Novemberrevolution und weiteren Ereignissen aus der Zeit zwischen 1915 und 1920 beschäftigten. Dass der Freistaat Bayern von Kurt Eisner gegründet und als erstem Ministerpräsidenten regiert wurde, dürfte nicht jedem „Preißn“ bewusst sein. Christiane Sternsdorf-Hauck (München) hat in ihrem Vortrag über die revolutionären Ereignisse im Süden explizit auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Neben dem am 21.2.1919 von Freikorps ermordeten Eisner widmete sich die Referentin insbesondere den Frauen in der Revolution. An Großdemonstrationen, wie beispielsweise am 17.11.1918 auf der Theresienwiese, waren sehr viele Frauen beteiligt. Die Räte hingegen blieben eine Männerdomäne: Frauen durften sie weder wählen, noch durften beispielsweise Dienstmädchen Mitglied werden.

Weitaus mehr Gleichberechtigung gab es im Syndikalistischen Frauenbund SFB innerhalb der Freien Arbeiter-Union Deutschland (FAUD), wie Vera Bianchi (Hamburg) zu berichten wusste. Im SFB waren bis zu 1000 Frauen organisiert. Er verstand sich als gewerkschaftliches Organ der Hausfrauen. Es wurden mehrere Zeitschriften publiziert, in denen die tradierten Rollenbilder jedoch nicht völlig überwunden wurden. Das Frauenwahlrecht spielte für diese Organisation aufgrund ihrer antiparlamentarischen Grundhaltung übrigens keine Rolle.

Die Konferenz zeigte die Komplexität und Widersprüchlichkeit der Ereignisse vor einhundert Jahren auf, wie Bollinger in seinem Schlusswort betonte. Aktualität für heutige und zukünftige Politik ergebe sich zudem aus der Frage, was bzw. wer „die Massen“ sind und mit welchen Mitteln gesellschaftliche Transformationen gelingen könnten. Hierzu gehöre auch die Art der Organisation.

Beiträge der Konferenz können auf www.helle-panke.de nachgehört sowie in publizierter Form bestellt werden.

Alexander Amberger

Öffentliches Symposium „Die Novemberrevolution und ihre Räte“, 9. Mai 2018

Das Symposium, gemeinsam veranstaltet vom Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und dem Zeitgeschichtlichen Archiv e.V., konnte sich mit der ausgewiesenen Thematik einer gewissen Ausnahmestellung sicher sein. Es ist abzusehen, dass die offizielle Geschichtsschreibung und die politischen Gedenkveranstaltungen zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution die Räte als eine in den Revolutionen 1905 und 1917 geborene Organisationsform der aufständischen Massen kaum thematisieren. Im Kulturgut Marzahn hatte sich jedenfalls eine große Anzahl interessierter Zuhörer versammelt und mit der Begrüßungsrede durch die Bezirksbürgermeisterin, Dr. Dagmar Pohle, regionale politische Beachtung gefunden.

Den Auftakt gab das Referat von *Peter Brandt* zum „Platz der Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte“. Diese Revolution sei „alles drei zugleich: Endpunkt jahrzehntelanger Liberalisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen, spontane Volkserhebung zur Beendigung des faktisch schon verlorenen Krieges und sozialdemokratisch geprägte Klassenbewegung mit antikapitalistischer Tendenz“. Er ging der Frage nach, wie man sich die Räte in Deutschland vorstellen müsse und kam zu der Feststellung: „Was die Bewegung von 1918/19 in Deutschland betrifft, gab es aber nicht nur keine nennenswerte »bolschewistische« oder quasibolschewistische Kraft, sondern die bestehenden linksradikalen Gruppen – linkssozialistischen oder anarcho-kommunistischen Zuschnitts – waren auch viel zu schwach, um der realen Rätebewegung ihren Stempel aufzudrücken“. Die Bewegung wäre ganz in der sozialdemokratischen Tradition verankert; die institutionelle Demokratisierung des Staates im Sinne der parlamentarischen Republik galt als Voraussetzung und Grundlage für die spätere schrittweise sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. So seien die Zustimmung zur Wahl der Nationalversammlung und die Proklamierung der sozialistischen Republik von den Arbeiter- und Soldatenräten nicht als Widerspruch empfunden worden.

Axel Weipert betonte in seinem Beitrag, dass die Rätebewegung in ihrer Bedeutung kaum überschätzt werden könnte. Ihrer hohen Mobilisierungskraft ging er an zwei Beispielen nach, dem Generalstreik in Berlin im März 1919 und dem Wirken der Berliner Schülerräte, die zugleich belegten, dass die Rätebewegung breiter und heterogener war.

Der später von *Gerhard Engel* gehaltene Vortrag über Linksliberale in der Rätebewegung unterstrich das nachdrücklich.

Zwei interessante Symposiumsbeiträge untersuchten die Rolle der Frauen in der Rätebewegung. *Felicitas Söhner* richtete dabei ihren Blick auf die Räte-

republik München und dem im Dezember 1918 gegründeten „Bund sozialistischer Frauen“. Sie porträtierte jene 8 Frauen, die von insgesamt 256 Delegierten in die Münchener provisorische Nationalversammlung einzogen. Über das Frauenwahlrecht in den Debatten der Räte sprach *Gisela Notz*. Ein schwieriges Thema, da die Suche nach Frauen in den Räten quasi der Suche einer Stecknadel im Heuhaufen gleichkäme. Frauen, obwohl in den Rüstungsbetrieben und den dort geführten Streiks in der Mehrheit, sind – mit Ausnahme in München und Bremen – in den Arbeiterräten kaum nachzuweisen.

Jürgen Hofmann (Die Räte in Berlin-Lichtenberg und die Gegenrevolution) und *Werner Ruch* (Revolution und Rätebewegung im Osten Berlins) brachten Details zum Wirken der Räte am Fallbeispiel Lichtenberg und der Flughafen-gesellschaft in Johannisthal auf lokaler Ebene ein.

Reiner Tostorff beleuchtete das konfliktreiche Verhältnis von Gewerkschaft (hier dem deutschen Metallarbeiterverband) und den Arbeiter- bzw. Betriebsräten in der Streikbewegung 1918/19.

Wie *Eckhard Müller* in seinem Beitrag (Rosa Luxemburg und die Räte) feststellte, hatte Rosa Luxemburg, die ja erst am 10. November 1918 aus der Schutzhaft in Breslau entlassen worden war, persönlich keinen Zugang zu den Räten, glänzte jedoch in den folgenden Wochen mit scharfsinnigen Stellungnahmen zur Kardinalfrage Räte oder Nationalversammlung.

Mario Kessler (Potsdam) stellte zwei Bücher der amerikanischen Historiker Samuel William Halperin und William Arthur Pelz zur deutschen Novemberrevolution vor, und *Klaus Gietinger* legte das Netzwerk der Konterrevolution und dessen personelle Kontinuität offen, die bis zur Vernichtung der Weimarer Republik reichte.

Welche Wirkungen die Erfahrungen mit der Rätebewegung während der Novemberrevolution bei politischen Akteuren in späteren Umbruchsituation entfalteten, untersuchten *Günter Benser* für die Jahre nach 1945 und *Reiner Zilkenat* anhand eigener Erlebnisse in den Schülerräten der Jahre 1967/68. Der interessierte Leser kann sich auf der Internetseite des Zeitgeschichtlichen Archivs (<http://www.zga-berlin.de/>) anhand des eingestellten Videomitschnitts des Symposiums einen Eindruck sowohl über alle Beiträge als auch über die lebhafteste Diskussion verschaffen. Zum Ende des Jahres ist ein Sammelband angekündigt, der die vollständigen Beiträge der Konferenz und auch weitere zum Thema eingereichte Aufsätze enthalten wird.

Elke Reuter

Eine weitere Besprechung dieser Konferenz erscheint in der "Zeitschrift für historische Studien" (2018/III. September)

Gegen Spaltung und Grabenkämpfe
Buchvorstellung „Weltkrieg – Spaltung – Revolution. Sozialdemokratie
1916–1922“¹ am 19. Juni 2018.

Es war schon ein besonderer Anlass, an dem am 19. Juni 2018 der von Uli Schöler und Thilo Scholle herausgegebene Sammelband vorgestellt wurde: Die erste gemeinsame Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum 100. Jubiläumsjahr der Novemberrevolution. Der Salon der RLS bot dazu die Räumlichkeiten, der Besucherandrang füllte jeden verfügbaren Sitzplatz. Neben den beiden Herausgebern bildeten Dietmar Lange („Arbeit – Bewegung – Geschichte“) als Moderator und die ehemalige Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer das Podium. Einige der Autoren dieses Bandes gaben sich ebenfalls ein Stelldichein. Um dem Gespräch mehr Raum zu geben hatten die Repräsentanten beider Stiftungen auf Grußworte verzichtet.

Alle Ausführungen der Herausgeber drückten das Bemühen aus, alte Gräben in der Arbeiterbewegung und zwischen den Parteien, die sich aus den Konstellationen der damaligen Zeit gebildet hatten, zu überwinden und nach Gemeinsamkeiten in der Gegenwart zu suchen. Uli Schöler hob deshalb besonders eindringlich die Person, die Rolle und das Wirken Hugo Haases hervor, den er als einen der bedeutendsten Parteivorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie charakterisierte. Thilo Scholle wiederum lenkte den Blick auf Paul Levi und dessen Lebensleistung, der als standhafter Kriegsgegner in allen Parteien und Zwischengruppen der Zeit (SPD, USPD, Spartakus, KPD, KAG, dann wieder SPD) tätig war, und – und wie viele andere seines Schlages – heftige persönliche und politische Verletzungen überwinden musste, um wieder zur SPD zurück zu kehren. Antje Vollmer, die sich als Studentin und junge Wissenschaftlerin intensiv mit Clara Zetkin und der „Gleichheit“ beschäftigt hatte, erinnert daran, dass bis zum verhängnisvollen 4. August 1914 Pazifismus und Sozialdemokratie identisch gewesen seien. Die Schwere dieser Niederlage durch das Einschwenken auf den „Burgfrieden“ habe das nachfolgende Jahrhundert geprägt. Eine neue Linke, eine Sammlungsbewegung, ohne dass eine Partei einen Hegemonieanspruch stelle, müsse vor allem die konsequente Kriegsverhinderung und Friedenspolitik in das Zentrum ihres Wirkens stellen, forderte sie und erntete dafür sehr viel Zustimmung. Als folgenreich für die weitere Entwicklung einschließlich der Grabenkämpfe zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus, darin stimmten alle Podiumsgäste überein, habe sich erwiesen, dass die Sozialismus und umfassende Demokratie vereinende, auf breite Mehrheiten setz-

¹ Uli Schöler/Thilo Scholle (Hrsg.): Weltkrieg. Spaltung. Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922, 472 Seiten, Broschur, 30,00 Euro, ISBN 978-3-8012-4260-2.

de Politik der USPD aufgerieben wurde zwischen den Polen der gemäßigten MSPD und der sich radikalisierenden KPD. Insbesondere ab 1920 habe die Politik der Komintern mit ihren 21 Bedingungen an die USPD zur Spaltung und Marginalisierung dieser Partei beigetragen. So sei eine sozialistische Alternative zur Integrationspolitik der SPD und zum Radikalismus der KPD verhindert worden. Das sei die eigentliche Intention des Sammelbandes und des ihm vorausgegangenem Kolloquiums gewesen: Gräben zu überwinden und aus der Historie neue Erkenntnisse für eine breit getragene politische Alternative zutage zu fördern. Die Veranstaltung und das ihr zugrunde liegende Buch leisten dazu einen initiierenden wertvollen Beitrag.

Holger Czitrich-Stahl



Informationen

„Die Revolte der Jungen“. Die Berichterstattung der Schweizer Diplomatie über die globale Protestbewegung um 1968

Der von Thomas Bürgisser und Sacha Zala herausgegebene Dokumentenband präsentiert die Berichterstattung von Schweizer Botschaften in 22 Ländern Europas, Asiens, Afrikas, Nord- und Südamerikas sowie eine in Bern entstandene Studie der Stagiaires des Eidgenössischen Politischen Departements zur «Revolte der Jungen».

Ergänzt werden die schriftlichen Quellen durch eine Fotodokumentation über den Einmarsch sowjetischer Truppen in Prag im August 1968.

Über den kritischen Apparat sind die Dokumente mit den Ressourcen der Online-Datenbank Dodis verknüpft. Die Quellensammlung versteht sich als Diskussionsbeitrag zur historischen Analyse der globalen Protestbewegung um 1968.

Link: <https://www.dodis.ch/q9>



Zum ersten Juli hat Dr. Juditha Balint als Nachfolgerin von Hanneliese Palm ihren Dienst als Leiterin des **Fritz-Hüser-Instituts**, Dortmund angetreten.

Neues aus der Forschung

Dissertation:

Assurances of Friendship. Transnationale Wege von Metallgewerkschaftern in der Schiffbauindustrie, 1950–1980

Die Studie beschäftigt sich mit dem Strukturbruch der 1970er Jahre am Beispiel der Schiffbauindustrie und analysiert die Wahrnehmungsmuster und Lösungsvorschläge von Arbeitnehmervetretern. Sie zeigt auf, dass die Metallgewerkschafter bereits seit den 1950er Jahren die besondere Exportabhängigkeit der Schiffbauindustrie erkannten und entsprechend der Herausforderungen eines globalisierten Wirtschaftssektors Internationalisierungsstrategien entwickelten. Mit Hilfe einer Mehrebenenanalyse werden die Reaktionen bei der Bremer Vulkan-Werft, der nationalen Schiffbaukonferenzen der IG Metall, der Arbeitstreffen des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes und der Konferenzen des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes untersucht. Die Forschungsfragen beziehen sich auf die Wahrnehmung des Sprechens von Krise sowie auf die Entwicklung von Krisenstrategien im Zusammenhang mit der Globalisierung der Märkte. Dabei werden die gegenseitige Beeinflussung der Diskussionen auf den unterschiedlichen Ebenen herausgearbeitet und die transnationalen Aspekte der Lösungsansätze in den Blick genommen. Die Arbeit verbindet exemplarisch die transnationale Geschichte mit der Arbeiterbewegungsgeschichte und greift die aktuellen Entwicklungen der Global Labour History auf, in dem sie nationale Erklärungsmuster hinterfragt und Methoden der transnationalen und vergleichenden Geschichte kombiniert. Das Buch enthält auf einer reichen empirischen Grundlage detaillierte Analysen, die neues Licht auf die Gewerkschaftsbewegung in der Strukturkrise werfen. Es tritt Positionen entgegen, die die Arbeiterbewegung vor allem national fundiert sehen, und stellt die Potentiale einer global agierenden Arbeiterbewegung dar. Es verbindet die transnationale Geschichte mit der Arbeiterbewegungsgeschichte und macht sie damit wieder zu einem wichtigen Bestandteil der aktuellen Geschichtswissenschaft. Das Buch wird voraussichtlich im Herbst 2018 in der Reihe Transnationale Geschichte bei Vandenhoeck & Ruprecht erscheinen.

*Johanna Wolf*¹

¹ Zur Person: Dr. Johanna Wolf ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie der Universität Leipzig. Für die Dissertation erhielt sie 2017 den Walter-Markov-Preis für Geschichtswissenschaften des European Network in Universal and Global History (ENIUGH). Johanna Wolf ist Altstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung. Sie unterrichtet am Global and European Studies Institute der Universität Leipzig und ist Mitglied der German Labour History Association.

Aus dem Vereinsleben

**Protokoll der 27. Jahresversammlung des Förderkreises
Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
am 28.04.2018, 12.30–14.30 im Nachbarschaftszentrum „RuDi“,
Modersohnstr. 55, Berlin 10245**

Tagesordnung:

1. Regularien

- 1.1. Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung
- 1.2. Bestätigung des Protokolls der 26. Jahresmitgliederversammlung

2. Berichte

- 2.1. Erläuterung des Geschäftsberichtes 2017
- 2.2. Kassenbericht
- 2.3. Bericht der Kassenprüferinnen

3. Diskussion und Abstimmung über die Berichte

4. Schlusswort

Versammlungsleitung: Dagmar Goldbeck

Anwesend: 22 Mitglieder, ab TOP 3 21 Mitglieder
(persönlich entschuldigt haben sich 14 Mitglieder).

Die Anwesenheitsliste liegt dem Protokoll bei.

TOP 1. Regularien

TOP 1.1.

Dagmar Goldbeck eröffnet und leitet die Versammlung. Zu Beginn gedenken die Anwesenden unserer verstorbenen Mitglieder Prof. Dr. Theodor Bergmann, Prof. Dr. Heinrich Gemkow, Prof. Dr. Narihiko Ito, Dr. Hans-Michael Kade und Regina Stein.

Die Versammlung bestätigt die Tagesordnung.

TOP 1.2.

Das Protokoll der Jahresmitgliederversammlung 2017 (abgedruckt in Nr. 52 der „Mitteilungen“) wird einstimmig genehmigt.

TOP 2. Berichte

TOP 2.1.

Reiner Zilkenat, Vorsitzender des Förderkreises, erläutert und ergänzt den in Nr. 53 unserer „Mitteilungen“ abgedruckten Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2017. Er betont, dass das Vereinsjahr 2018 mit seinen herausragenden

Gedenktagen 1618 und 1648 (Beginn des Dreißigjährigen Krieges und Westfälischer Frieden, 1818 (Geburtsjahr von Karl Marx), 1918 (Novemberrevolution), 1938 (Annexion Österreichs), 1948 (Währungsreform, fortschreitende Teilung Deutschlands und Berlinkrise), 1968 (68er Bewegung) einen besonderen Platz in der kontroversen Erinnerungskultur und damit auch in unserem Vereinsleben einnimmt. Der Förderkreis hat sich gemeinsam mit seinen Partnern der Novemberrevolution angenommen. Das am 9. Mai stattfindende Symposium zur „Novemberrevolution und ihren Räten“ ist auf ermutigende Resonanz gestoßen. Von den Arbeitsergebnissen des zurückliegenden Vereinsjahres hebt er die auf hohem Niveau herausgebrachten „Mitteilungen des Förderkreises“, das endliche Erscheinen des gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Supplements von „Bewahren, Verbreiten, Aufklären. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung“ und das anhaltende Interesse am Protokollband unserer Tagung zum Epochejahr 1945 hervor. Er wirft die Frage auf, ob der Förderkreis angesichts seiner wachsenden Aufgaben und gestiegenen Leistungen nicht den geringen Jahresmitgliedsbeitrag von 12 Euro erhöhen sollte. Er dankt allen Vereinsvereinsmitgliedern, die sich auf unterschiedliche Weise an der Lösung unserer Aufgaben beteiligt haben.

TOP 2.2.

Elisabeth Ittershagen erstattet einen detaillierten Kassenbericht für das Geschäftsjahr 2017. Einnahmen – sie setzen sich vor allem aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden zusammen – in Höhe von 1.882,42 Euro stehen Ausgaben in Höhe von 1.891,33 Euro gegenüber. Das ergibt einen geringfügigen Negativsaldo von 8,91 Euro. Mit Abstand die höchsten Kosten entstanden durch Druck und Versand der „Mitteilungen des Förderkreises“, gefolgt von Bankgebühren, Jahresbeiträge des Förderkreises in der ITH und der IALHI sowie Ausgaben für die Mitgliederversammlung. Die Traueranzeige für Henryk Skrzypczak wurde etwa zur Hälfte durch Spenden finanziert. Am 31. Dezember 2017 betrug der Kontostand 2.425,70 Euro und der Bar-Kassenbestand 213,02 Euro.

Die Mitgliederzahl ist durch Todesfälle und Austritte leicht zurückgegangen, was die Neueintritte nicht ganz ausgleichen können. Sie beträgt zurzeit 101 Mitglieder.

Der schriftliche Kassenbericht liegt dem Protokoll bei.

TOP 2.3.

Barbara Kontny erstattet den gemeinsam mit Sigrid Kleinschmidt erstellten Bericht der Kassenprüfung für das Geschäftsjahr 2017. Er bestätigt eine ordnungsgemäße Kassenführung, die keinerlei Beanstandungen ergab. Ein-

nahmen und Ausgaben entsprachen den Beschlüssen der Mitgliederversammlungen und des Vorstandes.

Der Revisionsbericht liegt dem Protokoll bei.

TOP 3. Diskussion und Abstimmung über die Berichte

An der Diskussion beteiligen sich sieben Vereinsmitglieder sowie weitere Anwesende mit Zwischenbemerkungen. Thematisiert wurden vor allem die Erfahrungen der Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung bei der Herausgabe der Supplementbandes (G. Benser, D. Goldbeck), andere Publikationen der Stiftung, ihre Bewerbung und ihr Echo (R. Holze), der Jahrestag der Novemberrevolution, unser Symposium und geplante Aktivitäten in Berlin (R. Zilkenat, H. Czitrich-Stahl). Einen speziellen Schwerpunkt der Diskussion bildete der künftige Vereinsbeitrag. Zustimmend wurde der Vorschlag (St. Heinz) aufgenommen, eine entsprechend den finanziellen Möglichkeiten der Mitglieder gestaffelte Beitragshöhe in Erwägung zu ziehen. In diesem Zusammenhang sollte auch über eine günstigere Bankverbindung und die Nutzung von Einzugsermächtigungen nachgedacht werden. Der Vorstand wurde beauftragt, diese Empfehlungen zu prüfen und der nächsten Versammlung eine neue Beitragsordnung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Geschäftsbericht, Kassenbericht und Kassenprüfbericht werden in getrennten Abstimmungen einstimmig von der Versammlung bestätigt.

TOP 4. Schlusswort

Der Vorsitzende verzichtet auf ein Schlusswort, da die anstehenden Fragen in der Diskussion geklärt wurden.

Dr. Reiner Zilkenat
Vorsitzender

Prof. Dr. Günter Benser
Schriftführer

Im zurückliegenden halben Jahr mussten wir uns von zwei langjährigen Vereinsmitgliedern verabschieden. Wir trauern um Regina Stein und Jochen Černý und gedenken ihrer in Hochachtung und Dankbarkeit.

Aktivitäten der Vereinsmitglieder

Prof. Dr. Peter Brandt: Unruhestand im Karl-Marx-Jahr 2018

In unseren „Mitteilungen“ Peter Brandt vorzustellen heißt eigentlich, Eulen nach Athen zu tragen, denkt man etwa an seine Vorträge auf unseren Tagungen und Veranstaltungen und an seine Publikationen. Im Marx-Jahr 2018 war er ein vielbeschäftigter Wissenschaftler und Berater. Außerdem verbindet sich die Internetseite www.globkult.de mit seinem Namen. Deshalb führten Holger Czitrich-Stahl und Rainer Holze das folgende schriftliche Interview mit Peter Brandt.

Was hat Dich bewogen, den Vorsitz des Wissenschaftlichen Beirates zur Neuausrichtung der Dauerausstellung im Karl-Marx-Haus in Trier zum 200. Geburtstag von Marx zu übernehmen und darüber hinaus auch bei der Gestaltung einer Landesausstellung über das Leben und Wirken von Marx im Rheinischen Landesmuseum beratend zur Seite zu stehen?

„Als Fachhistoriker mit einem meiner Schwerpunkte in der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus war ich vom Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung (Eigentümerin des Hauses) und von den Ausstellungsmacherinnen, Dr. Anja Kruke, der Leiterin des Archivs der Sozialen Demokratie sowie des historischen Bereichs der FES, und Dr. Anni Thomm, der Kuratorin, vor Jahren gebeten worden, diese Aufgabe zu übernehmen. Abgesehen davon, dass das eine ehrenvolle Aufforderung war, wollte ich die Chance nicht ungenutzt lassen, Einfluss zu nehmen. Das gilt eingeschränkt auch für meine Mitwirkung im Wissenschaftlichen Beirat der Landesausstellung“.

Weshalb hieltest Du eine Neuausrichtung der Dauerausstellung für notwendig?

„Man geht heute davon aus, dass Dauerausstellungen etwa alle fünfzehn Jahre erneuert werden müssen. Der 200. Geburtstag bot einen naheliegenden Anlass. Dabei kommt neben dem Fortschritt der wissenschaftlichen Forschung, hier etwa der Editionsarbeit an der MEGA, auch die Entwicklung der Museumspädagogik und der Erinnerungskultur in Betracht. Ferner hat die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 das Bewusstsein für die Aktualität der Marx'schen politischen Ökonomie auch außerhalb des linken politischen Spektrums bekanntlich erneuert.“

Welche konzeptionellen und inhaltlichen Schwerpunkte konntest Du – im Verein mit den anderen Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirates – setzen?

„Sehen wir davon ab, wo der Einfluss des Beirats sich letztlich geltend gemacht hat und wo nicht. Wichtig war allen Beteiligten, die Bedeutung und die Vielgestaltigkeit des Marx'schen Werks und der Marx'schen Persönlichkeit im historischen Kontext auch solchen Menschen zu vermitteln, die ahnungslos sind oder nur Klischees im Kopf haben. Ganz wichtig war uns ferner die Wirkungsgeschichte des von Marx und Engels beeinflussten Sozialismus im weitesten Sinn bis in die Gegenwart, insofern auch im Unterschied zur Landesausstellung“.

Worauf kam es Dir bei Deiner Beratertätigkeit für die Landesausstellung besonders an?

„Der Spielraum des Wissenschaftlichen Beirates der Landesausstellung war von Anfang an deutlich kleiner (was ich hier nicht bewerten will). Der Kreis war weitgehend identisch mit der Autorenschaft des Ausstellungskatalogs und Essaybandes. Ich selbst habe über Marx und seine engeren Kampfgefährten in der Revolution 1848/49 und bis zum Kölner Kommunistenprozess geschrieben“.

Welche Resonanz fanden die beiden Ausstellungen? Entspricht dies Deinen Erwartungen, bist Du damit zufrieden?

„Soweit ich das registriert habe, sind alle vier Ausstellungen – neben den schon erwähnten die städtische und die von der katholischen Kirche verantwortete über „Arbeit“ – vom Besucherpublikum wie von der medialen Öffentlichkeit ganz überwiegend positiv wahrgenommen worden. Gestänkert hat z. B. die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“, aber ohne sich auf die Sache überhaupt einzulassen“.

"Globkult" hat sich längst einen guten Namen als Internetzeitschrift und Internetportal gemacht. Wie kam es zu dieser Initiative?

„Ja, wir liegen inzwischen bei monatlich 1 Mio. Zugriffen oder mehr für Globkult samt damit verbundenen Seiten wie Iablis, was wir mit einigen zehntausend Personen übersetzen. Ich bin zwar seit 2010 Herausgeber; gegründet wurde das Online-Magazin indessen schon im Jahr 2004 von meinem Kollegen der Hagener Zeit und Freund Ulrich Schödlbauer, Literaturwissenschaftler und Philosoph; er ist weiterhin der Eigentümer, die Redaktion liegt bei Renate Solbach und Christina Breidenbach. Alle arbeiten wie auch die Autoren unentgeltlich“.

Welche Entwicklungen hat "Globkult" durchlaufen, welche Veränderungen waren notwendigerweise vorzunehmen?

„Eigentlich konnte ich gut anknüpfen, als ich die Herausgeberschaft übernahm. Ohne die genannten anderen Beteiligten wäre ich jedoch aufgeschmissen gewesen. Das betrifft nicht nur, aber nicht zuletzt die optische bzw. technische Gestaltung. Natürlich ist es zum Erzielen einer gewissenhaften Aufmerksamkeit wichtig, nicht nur inhaltlich gute, lesenswerte Beiträge zu akquirieren, sondern auch prominente Autorinnen und Autoren“.

Welche Bandbreite an Positionen hat in "Globkult" Raum gefunden? Wer schreibt alles auf der Webseite?

„Globkult, verbunden mit dem Jahrbuch lablis, den literarischen Acta literarum und dem künstlerischen Grabbeau, ist in politischer Hinsicht als lagerübergreifendes Forum konzipiert. Auch wenn es einen gewissen sozialdemokratischen Schwerpunkt gibt, dabei durchweg mit kritischem Blick, und eine Reihe Autoren deutlich links von der SPD stehen, sind auch Vertreter liberaler und konservativer Positionen willkommen. Manche Beiträger hätten sicher Probleme, überhaupt eine solche politische Messlatte an sich anlegen zu lassen. Wir wollen den Unterschied von links und rechts keineswegs verwischen (auch wenn man sich heute manchmal wundern kann, wie diese Pole verstanden werden) oder gar eine gedankliche Achse schmieden, möchten aber der Verengung der Debatte – gewissermaßen auf ein Spektrum von Angela Merkel bis Andrea Nahles und Katrin Göring-Eckardt – und der Neigung zu ständiger Aufgeregtheit mit der Tendenz zur Hysterie oder zum ständig erhobenen Zeigefinger entgegenwirken. Das schließt ein, dass etliche der Beiträge überhaupt nicht der (leicht identifizierbaren) Meinung des Herausgebers entsprechen – um beispielhaft einige Autorennamen zu nennen: Perry Anderson, Egon Bahr, Michael Brie, Sigmar Gabriel, Günter Grass, Friedrich Schorlemmer, Richard Schröder, Antje Vollmer, Ellen Meiksins Wood. Um nicht aufzuschneiden, muss ich einräumen, dass es sich bei manchen der Promi-Artikel um die Internet-Version eines gedruckten Textes handelt. Damit haben wir kein Problem. Wir möchten allerdings, dass unsere Texte nicht an anderer Stelle im Internet stehen. – Charakteristisch für die Leserschaft von Globkult ist das weitgehende Fehlen von unflätig herabsetzenden oder blind jubelnden Kommentaren in den sozialen Netzwerken. Man darf die Anlage des Ganzen natürlich kritisieren oder

ablehnen – den politischen Aktivisten mag eine primitive Darlegung einer abweichenden Position u. U. lieber sein als eine nachdenkliche und fundierte –, muss sie aber im Hinterkopf haben, um das Unternehmen nicht falsch zu verstehen. Dass es auch satirische Texte, Polemiken und Kurzkommentare gibt, außerdem nicht wenige historische Aufsätze oder Vortragstexte, sei nur der Vollständigkeit halber ergänzt. Übrigens kann ich mir noch manche Erweiterung und Verbesserung vorstellen, z. B. durch regelmäßige wirtschaftspolitische Artikel in kritischer Perspektive.“

Was meinst Du, wohin sollte sich "Globkult" weiterentwickeln?"

„Es wäre natürlich wünschenswert, dass es sich als Informations-, Meinungs- und Debattenorgan auch für die Leute in den Redaktionsstuben der Zeitungen (und über diese für eine breite Leserschaft) etabliert. Wir können jetzt schon feststellen, dass Artikel von Journalisten benutzt, wenn auch nicht zitiert werden. Inhaltlich denken wir immer wieder über Neues nach, so gibt es z. B. die Idee eines inter- und transreligiösen (also die Freidenker einschließenden) Dialogs über ethische Fragen.“

Du veröffentlichst, neben Globkult, einen erheblichen Teil Deiner populäreren Publizistik in der im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von Thomas Meyer herausgegebenen Monatszeitschrift Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte. Worauf zielt diese Facette Deiner Aktivität?

„Die Zeitschrift ist kein „theoretisches Organ“ der Sozialdemokratie o. ä., schon gar nicht seit der Fusion mit den in der frühen Nachkriegszeit von dem Linkskatholiken Eugen Kogon begründeten Frankfurter Heften, sondern soll dem von der SPD erfassten und mit ihr verbundenen, bekanntlich durchaus heterogenen Spektrum als prinzipiell offene Selbstverständigungs- und Diskussionsplattform dienen. Von Angehörigen der Partei Die Linke haben in den letzten Jahren z. B. Michael Brie und Sahra Wagenknecht dort geschrieben. Tagesaktualität ist naturgemäß nicht das Ziel, die Einbeziehung auch kultureller Themen gehört zum Programm. Die Beiträge, von meiner Seite z. B. über die historischen und soziokulturellen Hintergründe der Ukraine-Krise (2015) sowie über die Versuche liberal-konservativer Journalisten, selbst gemäßigt linke bzw. kapitalismuskritische Positionen als tendenziell verfassungsfeindlich ins Abseits zu rücken (2017), sind jeweils einige Wochen nach Erscheinen der gedruckten Ausgabe im Internet zu finden.“

Information

Ein zentrales politisches Symbol für den Kampf um Demokratie und soziale Rechte: der Friedhof der Märzgefallenen

Der Friedhof der Märzgefallenen – welche politisch-symbolische Bedeutung besaß diese Begräbnisstätte für die am 18. März 1848 getöteten Barrikadenkämpfer für die Zeitgenossen und welchen erinnerungspolitischen Stellenwert hat sie für uns heute? Feierlich eingeweiht wurde der Friedhof vier Tage nach der Märzrevolution, am 22. März 1848, nachdem die Särge von etwa 170 getöteten Berlinern in einem riesigen Demonstrationenzug, an dem nach Schätzungen der Zeitgenossen zwischen hunderttausend und zweihunderttausend Menschen teilnahmen, feierlich vom Gendarmenmarkt am Stadtschloss vorbei zu eben dem Flecken am Rande des heutigen Volksparks Friedrichshain getragen wurden, der heute als Friedhof der Märzgefallenen bekannt ist. Bereits die Entstehung der Begräbnisstätte war ein eminent politischer Akt. Die getöteten Barrikadenkämpfer wurden zu einem Symbol für den Kampf um Demokratie, Freiheit und auch soziale Rechte. Daran hat sich bis heute nichts geändert: Die inzwischen 170jährige Geschichte des Friedhofs der Märzgefallenen steht für den andauernden Kampf um politische und soziale Demokratie.

Auf einer ersten großen Demonstration zum Friedrichshain und zu den Gräbern der Getöteten demonstrierten am 4. Juni 1848 nach Angaben der Tageszeitungen bis zu 250.000 Berliner für die (so die zentrale Forderung:) „Anerkennung der Revolution vom 18. März in allen ihren Konsequenzen“. In den folgenden Jahren wurde der Friedhof zum Schauplatz *volkstümlicher* Erinnerungsfeiern: Zu Tausenden kamen die Berliner 1849 bis 1852 jeweils am 18. März dort zusammen, um der gefallenen Barrikadenkämpfer zu gedenken. Sie wurden von der seit Mitte 1848 modernisierten Polizei, den nach britischem Vorbild aufgebauten Constablern, teilweise unter Einsatz massiver Gewalt abgedrängt. Weniger der Friedhof selbst als vielmehr die Innenstadt wurde zum Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen der seit Mitte 1848 auch zahlenmäßig verstärkten Polizei und jugendlichen Demonstranten vor allem aus den Unterschichten, die sich bis weit in die Nacht hinzogen.

Zwischen Mitte der 1850er und Ende der 1860er Jahre des 19. Jahrhunderts wurde der Ort von der Obrigkeit systematisch abgeriegelt, um Gedenkveranstaltungen zu unterbinden. Den weitergehenden Plan, die Gräber zu zerstören und die Gebeine dezentral auf die städtischen Friedhöfe zu verlegen, konnte sie jedoch nicht durchsetzen. Seit Ende der 1860er Jahre glichen die Demonstrationenzüge zum Friedhof und die Feiern am 18. März einer politischen Wallfahrt der entstehenden Arbeiterbewegung. Die frühe Sozialdemokratie nutzte den Tag zu einer Art Heeresschau. Sie machte ihn bis 1914 für Berlin zu einer Art alljährlichem „Ersten Mai“. Mit schließlich regelmäßig mehreren zehntausend Teilnehmern am 18. März wurde der Friedhof der Märzgefallenen zum räumlichen Kristallisationspunkt für eine sich damals noch als revolutionär verstehende Arbeiterbewegung.

Hier fehlt der Platz ausführlicher darauf einzugehen, wie stark der Friedhof und die Erinnerungen an die Toten von 1848 politisch aufgeladen waren und im 20. Jahrhundert blieben, und wie an den Jahrestagen 1873, 1898, 1923, 1948, 1973 und 1998 an die Märzrevolution erinnert wurde bzw. wie die jeweilige Obrigkeit darauf reagierte (1873 und 1898 mit massiver Repression, die 1873 einen Toten und zahlreiche Verletzte forderte).

Der Friedhof der Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain war und bleibt ein Raum, der sich vom Verlangen nach demokratischen Rechten und Freiheiten nicht abkoppeln lässt. Und er steht für den europäischen und letztlich globalen Kampf um Demokratie und soziale Rechte. Denn Berlin war damals neben Paris und Wien die dritte Revolutionsmetropole auf dem Kontinent. Hier entschied sich das ‚Schicksal‘ der gesamteuropäischen Revolution. Einen knappen Überblick über die Berliner, deutsche und europäische Geschichte der Revolution bietet der auf der Homepage des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung abrufbare Aufsatz des Verfassers „ ... vor den Thronen haltgemacht – die Revolution von 1848“.

In den letzten Jahren wurde der Friedhof der Märzgefallenen unter der verantwortlichen Federführung des Paul-Singer-Vereins e.V. als Ort der Erinnerung an die europäische, deutsche und Berliner Demokratiegeschichte und als eine Stätte demokratischen Lernens entwickelt. Ein Kuratorium, das politisch mit Repräsentanten von CDU und FDP über SPD und Grüne bis hin zur Linkspartei sowie fachlich mit Experten auf dem Feld des Denkmalschutzes, der Erinnerungsstätten sowie der Geschich-

te von 1848 breit aufgestellt ist, berät in allen wichtigen Fragen. In Kooperation mit dem Museum Friedrichshain-Kreuzberg und der Stiftung Historische Kirch- und Friedhöfe in Berlin-Brandenburg erfolgten von 2009 bis 2013 die bauliche Instandsetzung der denkmalgeschützten Anlage und die Errichtung eines temporären Informationspavillons, gefördert von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin. Im Rahmen des Lottoprojektes entstand auch die zweiteilige Ausstellung „Am Grundstein der Demokratie“ zur Berliner Märzrevolution im Informationspavillon vor dem Friedhof sowie eine Außenausstellung (Rotunde) mit Informationen zur Geschichte des Friedhofs und zur Revolution 1918/19 auf dem Friedhofsgelände selbst. Beide Ausstellungsteile waren temporär gedacht.

- Der Ausstellungsteil im Ausstellungspavillon zur Berliner Märzrevolution im europäischen Kontext ist weiterhin zu sehen.
- Die Außenausstellung war aufgrund des starken Eingriffs in den denkmalgeschützten Kernbereich des Denkmals unmittelbar auf dem Friedhof um den Gedenkstein herum nur für maximal 30 Monate geplant. Da sie sich in der täglichen Arbeit mit BesucherInnen und SchülerInnengruppen als unverzichtbarer Bestandteil erwies, blieb sie länger stehen. Ende 2016 musste sie jedoch aufgrund witterungsbedingt entstandener Schäden in Abstimmung mit dem Landesdenkmalamt abgebaut werden, um die Würde des Ortes nicht zu beeinträchtigen.

Der Landesdenkmalrat empfahl dem Senat 2014, die weitere Entwicklung des Friedhofs zu einem nationalen Gedenkort zu unterstützen.

Die erste Förderung durch Mittel der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin hat es ermöglicht, den Friedhof der Märzgefallenen aus seinem Dornröschenschlaf zu erwecken, ihn zu einem Ort der historisch-politischen Demokratiebildungsarbeit zu entwickeln und ihn zu einem wichtigen Akteur der in Aufbau befindlichen bundesweiten Vernetzung von Orten der Demokratiegeschichte zu machen.

Seit 2014 werden die laufenden Kosten für den Ausstellungsbetrieb, die historisch-politische Bildungsarbeit und die Vernetzung durch eine Zuwendung der Senatsverwaltung für Kultur und Europa finanziert. Damit konnte eine Verstetigung der laufenden Arbeit erreicht werden. Zwischen dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Abteilung Finanzen, Facility Management, Kultur und Weiterbildung und dem Paul-Singer-Verein ist eine langfristige Kooperation vereinbart mit dem Ziel, den

Friedhof der Märzgefallenen unter Trägerschaft des Paul-Singer-Vereins zu einer nationalen und europäischen Gedenkstätte zu entwickeln. Das Bezirksamt, Abteilung Planen, Bauen, Umwelt hat dem Verein eine Teilfläche des Volksparks Friedrichshain mit dem Friedhof der Märzgefallenen und angrenzenden Flächen zum Zwecke der Durchführung des Projekts Entwicklung einer nationalen Gedenkstätte Friedhof der Märzgefallenen überlassen.

Was erwartet den Besucher an besonderen Veranstaltungen in den nächsten Monaten? Am 3. September 2018 wird eine neue Außenausstellung zur Revolution von 1918/19 und der Bedeutung des Friedhofs in diesem Zusammenhang feierlich eröffnet. Im Frühjahr des nächsten Jahres sollen weitere Stelen über die wechselhafte Geschichte des Friedhofs informieren. Ermöglicht wurde diese neue dauerhafte Außenausstellung durch eine Förderung der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin. Ende September 2018 beginnt außerdem eine vom „Friedhof der Märzgefallenen“ mit Kooperationspartnern organisierte Veranstaltungsreihe anlässlich des 100. Jahrestages der Revolution von 1918/19. Vortragende aus dem In- und Ausland informieren u.a. über Märzkundgebungen gegen die Krieg auf dem Friedhof während des Ersten Weltkrieges, über Antisemitismus und Juden als Akteure in der Revolution 1918/19, über Frauen in der Revolution, über die Opfer der Gegenrevolution, über die europäische Dimension der Revolution 1918/19 und vergleichen die Revolution von 1848/49 mit der von 1918/19. Genaue Termine und Veranstaltungsorte sind über die Homepage des „Friedhofs der Märzgefallenen“¹ zu erfahren.

Rüdiger Hachtmann

¹ <http://www.friedhof-der-maerzgefallenen.de/veranstaltungenneu>

Buchvorstellung:
Vom Waisenkind zum Minister der Revolution 1918 –
Das Leben Adolph Hoffmanns¹

Am 12. 11.1918 übernimmt Adolph Hoffmann (1858–1930) für die USPD zusammen mit Konrad Haenisch (SPD) die Leitung des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Hoffmann war zuständig für die Ressorts Volksschulwesen, Kirchenfragen und Theaterangelegenheiten. Dabei hatte er nur weniger als 4 Jahre die Grundschule besucht. Im Handbuch des Preußischen Landtags von 1921 ist ausgeführt: „Besuchte mit Unterbrechungen sieben verschiedene Volks- bzw. Armenschulen in vier verschiedenen Orten.“

Am 23.10.1918 hatte Hoffmann in den Berliner Sophiensälen noch die offizielle Begrüßungsrede für den nach seiner Amnestierung in Berlin angekommenen Karl Liebknecht gehalten. Am 9.11.1918 hatte Hoffmann laut einer Schilderung des konservativen Berliner Oberbürgermeisters an der Spitze „eines jugendlichen Haufens, der mit Säbel und Flinte einen furchtbaren Eindruck erweckte oder zu erwecken gewillt war“, Eintritt in dessen Dienstzimmer im Berliner Roten Rathaus gefordert. Hoffmann: „Draußen stehen Zehntausende [...], die wissen wollen, weshalb Sie auf dem Turm des Rathauses ein Maschinengewehr aufgestellt haben. Ich bitte Sie, mir zu bestätigen, dass das nicht wahr ist. Dem Worte des Oberbürgermeisters werden wir vertrauen.“

In den folgenden Wochen versuchte Hoffmann mit drei Verordnungen die Trennung von Schule und Kirche durchzusetzen. Dann erkrankte er an der Spanischen Grippe und spielte 1919 politisch keine Rolle mehr.

Wer war dieser Adolph Hoffmann? Wie hat er sich vom mittellosen Waisenkind zum Minister der preußischen Revolution 1918 hochgearbeitet? Wer hat ihn politisch geprägt? Diese Veröffentlichung liefert keine endgültigen Antworten. Aber es wirft Fragen auf, die zukünftig weiter untersucht werden könnten.

Vor ein paar Jahren entdeckte Adolph Hoffmanns Urenkel Lars Hoffmann im Nachlass seines verstorbenen Vaters eine alte Umlaufmappe. In ihr lagen mit Schreibmaschine geschriebene und meist handschriftlich datierte Texte zur Jugendzeit seines Urgroßvaters. Sie waren zum Teil auf der Rückseite von Anfragen aus der Verfassunggeben-

¹ Vom Waisenkind zum Minister der Revolution 1918, Das Leben Adolph Hoffmanns, Autobiographische Notizen eines Sozialdemokraten des 19. Jahrhunderts, Herausgeber: Hans-Wolf Ebert, Volker Heiermann, Lars Hoffmann, Berlin: Pro BUSINESS 2018, ISBN 978-3-86460-836.0, 168 Seiten, 16,00 Euro

den Deutschen Nationalversammlung getippt. Die Texte umfassen die Zeit von dessen Geburt bis ca. 1893. Insgesamt bestanden sie aus sechs Teilen mit 13 Einzelgeschichten.

Lars Hoffmann ahnte, dass er hier etwas Bedeutendes gefunden haben könnte. Er recherchierte im Internet und stieß auf einen Vortrag, den Volker Heiermann auf einer SPD-Veranstaltung zu A. Hoffmann gehalten hatte.²

Eine Durchsicht der Texte ergab, dass fast alle noch nie publiziert worden waren. Zwei Ausnahmen gab es. Den jetzt aufgefundenen Text „Ein Geheimer in Nöten“ (Titelblatt fehlte, Neubetitelung durch die Herausgeber) hatte Hoffmann bereits 1928 in seinem Buch „Hoffmann`s Erzählungen“ unter dem Titel „Aus schweren Tagen“ veröffentlicht. Ein Vergleich der Texte ergab, dass beide Fassungen nicht nur in Details, sondern in fast sämtlichen Formulierungen deutlich voneinander abweichen. Selbst wörtliche Zitate waren unterschiedlich. Aber der Kern seiner Aussage blieb gleich.

Zweitens fasste A. Hoffmann die jetzt aufgefundenen 41 Seiten seines Lebenslaufs 1928 in einem Absatz zusammen. Der im jetzt erschienenen Buch enthaltene erste begleitende Aufsatz von Heiermann zeigt auf, warum die aufgefundenen Dokumente für die weitere Erforschung des Wirkens dieses fortschrittlichen Sozialdemokraten aus der Frühzeit der SPD insbesondere aus drei Gesichtspunkten bedeutsam sind:

1) Religion und Schule

Adolf Hoffmann wurde in seinem politischen Wirken wohl stark von seinen Kindheitserfahrungen geprägt. Im Kapitel „Berufswahl“ schildert Hoffmann, wie sein sog. Freund, der Weinküfer, ihn dazu anstiftete, im Konfirmandenunterricht den Pastor zu fragen: „Wenn Josef Marias Mann war und Jesus Gottes Sohn ist, was war dann Maria?“ Mit Prügel wurde er daraufhin aus dem Konfirmandenunterricht geworfen und seinem Pflegevater mitgeteilt, dass er nicht eingesegnet werden könnte. – Hoffmann schildert nicht nur hier, wie keiner ihm die manchmal doch so komplizierte Welt einmal verständnisvoll erklärt hat.

1891 veröffentlichte Hoffmann seine antiklerikale Schrift „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse“. 1906–1914 engagierte Hoffmann sich aktiv in der Kirchenaustrittsbewegung.

² www.spd-mol.de/fredvogel/dl/Referat

Hoffmann führt in seinen Lebenserinnerungen aus, dass es Johannes Most war, „der Anfang der siebziger Jahre bereits die Idee hatte, die viel zu spät die Sozialdemokratie und später nolens volens auch die Regierung hat ausführen müssen, nämlich, der Jugend mehr Aufmerksamkeit und Sorgfalt zu widmen.“ Er beschreibt, wie er sich seinerzeit der Most'schen Jugendgarde angeschlossen hat und wie Most, „der durch seinen schiefen Mund alles andere als sympathisch im Aussehen war“, durch seine Art die Herzen von uns Jungens „im Sturm eroberte.“

In den 20er Jahren engagierte A. Hoffmann sich für die Sozialdemokratische Jugendorganisation. Sein Wohnhaus soll er der SPD-Kindervereinigung vermacht haben.

2) Gegen antisemitische Hetze

Im Kapitel „Mein erstes öffentliches Auftreten“ geht Hoffmann auf die anti-jüdische Hetze führender Geistlicher ein, die von der SPD Anfang der achtziger Jahre in Berlin gebrochen wurde. Z.B. beschreibt er folgendes Rededuell auf einer öffentlichen Veranstaltung mit dem konservativen sog. schwarzen Cremer:

Cremer: „Was ist von den Juden schon Gutes gekommen?“ Zwischenruf Hoffmann: „Ne Jüdin hat uns doch den Heiland geboren.“ Cremer: „Das können Sie auch nur sagen.“

1924 erschien Hoffmanns Broschüre „Reise-Erlebnisse, „...der Jude wird verbrannt“, die sich mit dem rechtsextremen und antisemitischen Gedankengut seiner Zeit auseinandersetzt.

3) Für Gleichberechtigung der Frau

Das jetzt erstmals veröffentlichte Kapitel „Mein ‚Eheglück‘“ ist ernüchternd. Hoffmann beschreibt darin ohne Hass seine zerrüttete Beziehung zu seiner ersten Ehefrau. Im Kapitel „Der erste Sündenfall“ schildert er eine angebliche amouröse Beziehung mit Clara Zetkin. Im ersten begleitenden Aufsatz wird dargelegt, warum diese Begebenheit sich so wie geschildert jedenfalls keinesfalls ereignet haben kann. Aber ein Vergleich beider Kapitel macht deutlich, was A. Hoffmann an einer Frau wie Clara Zetkin fasziniert haben könnte. Und der Vergleich zu den zwei Fassungen von „Ein Geheimer in Nöten“ verdeutlicht, dass, auch wenn in seinen Schilderungen manches Detail nicht unbedingt stimmen muss, doch der Geschichte ein wahrer Kern zugrunde liegen könnte.

Warum engagiert sich Hoffmann in den Folgejahren so stark für die Gleichberechtigung der Frau? 1893 veröffentlicht er z.B. seine Broschüre „Ein Warnungsruf! An die Frauen und Mädchen aller Stände“. Warum wirft Clara Zetkin auf dem Hamburger Parteitag von 1897 Hoffmann noch vor, dass er Erfolg habe nur auf Grund seiner „populären leichten Form“ und seines „Schlagerstils“? Und warum widerrief 1903 Clara Zetkin in einer Neuauflage der A. Hoffmann-Broschüre „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse“ ihr abwertendes Urteil?

In dem zweiten begleitenden Aufsatz geht Hans-Wolf Ebert auf die Baugeschichte des Wohnhauses von A. Hoffmann in Vogelsdorf bei Berlin ein, das er aus dem Erlös seiner Broschüre „Die 10 Gebote ...“ finanzierte.

Heute hat Hoffmann in der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde an der Ringmauer ein Ehrengrab. Auf seinem Grabstein steht: „Vieles hat er gewollt und getan, was er gekonnt.“

Volker Heiermann

Information

Workshop „Blicke auf die Revolution 1918/19“

Ort: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam, und Landesvertretung Schleswig-Holstein, Berlin

Datum: 01.11.2018, 12:45 Uhr – 02.11.2018, ca. 15:00 Uhr

Veranstalter:

Robert Bohn, Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte der Europa-Universität Flensburg, Schleswig

Uwe Danker, Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte der Europa-Universität Flensburg, Schleswig

Michael Epkenhans, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

Astrid Schwabe, Public History, Seminar für Geschichte und Geschichtsdidaktik, Europa-Universität Flensburg, Flensburg

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Holger Czitrich-Stahl: Arthur Stadthagen. Parlamentarier. Sozialdemokrat. Wegbereiter des Arbeitsrechts (Jüdische Miniaturen. Herausgegeben von Hermann Simon. Bd. 220: Arthur Stadthagen), Hentrich & Hentrich Berlin 2018, 1. Auflage, 66 S., Abb., ISBN 978-3-95565-258-6.

Es ist verdienstvoll, dass sich Holger Czitrich-Stahl seit Jahren so intensiv bemüht, die bemerkenswerte Vita des Sozialisten und Berliner Juden Arthur Stadthagen (1857–1917) nicht vergessen zu lassen. So verteidigte er bekanntlich 2014 an der Fernuniversität Hagen seine Dissertation zum Thema „Arthur Stadthagen – Anwalt der Armen und Rechtslehrer der Arbeiterbewegung. Politische Biografie über einen beinahe vergessenen sozialdemokratischen Juristen“. Bereits vordem erschienen von ihm eine entsprechende umfangreiche biografische Abhandlung über diesen Protagonisten (2011 bei Peter Lang GmbH, Internationaler Verlag der Wissenschaften) sowie der Band „Arthur Stadthagens Wirken im und gegen den Ersten Weltkrieg vom Juli 1914 bis zu seinem Tod am 5. Dezember 1917“ (2009 im Grin-Verlag München). 2015 brachte dann der besagte Internationale Verlag der Wissenschaften (Hauptsitz: Bern) den von H. Czitrich-Stahl herausgegebenen Editionsband „Arthur Stadthagen. Ausgewählte Reden und Schriften 1890–1917“ heraus. Dar-

über hinaus veröffentlichte C.-St. Beiträge in historischen Fachzeitschriften (darunter auch in unseren „Mitteilungen“) vornehmlich zum Antikriegskampf Stadthagens und zu dessen juristischer Tätigkeit. Unlängst legte er nun die hier zu besprechende neue biografische Darstellung über Stadthagen vor.

Dem Verfasser gelingt es, ein anschauliches Bild des vielfältigen und nachhaltigen Wirkens Arthur Stadthagens vom Ende des 19. Jahrhunderts bis Anfang des 20. Jahrhunderts zu vermitteln. Deutlich wird auch, dass der Protagonist einer bürgerlichen Berliner Familie immer auch antisemitischen Beleidigungen und Attacken ausgesetzt war. Überzeugend wird herausgearbeitet, dass Stadthagen zweifellos zu den wohl prominentesten und erfahrensten Reichstagsabgeordneten der Sozialdemokratie im deutschen Kaiserreich gehörte. In seinem Reichstagswahlkreis Potsdam 6 Niederbarnim erhielt er mit die höchsten Ergebnisse der SPD in jener Zeit. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion – er war Mitglied des Reichstages von 1890 bis zu seinem Tode – war er als einziger Volljurist bis 1897 tätig, vor allem als Rechts- und Sozialexperte. Im Parlamentsplenum gehörte er neben August Bebel, Paul Singer und Hermann Molkenbuhr zu den Hauptrednern. Darüber wurde er von 1889 bis 1917 in die Berliner Stadtverordneten-Versammlung gewählt. Dort befasste er sich vorwiegend mit der Schul- und Sozialpolitik und mit der Armenpflege.

Stadthagens Tätigkeit als Rechtsvertreter unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes führte seit 1887 zur

regelmäßigen Überwachung durch die Berliner Polizei und zu zahlreichen ehrengeschichtlichen Verfahren, die dann 1892 mit einem Ausschluss aus der Rechtsanwaltschaft endeten. Nach seinem Berufsverbot arbeitete Stadthagen vollberuflich als Parlamentarier und Parteiangestellter für die Sozialdemokratie und widmete sich der Rechtsaufklärung der Arbeiterschaft und Landbevölkerung. Seine Schriften fassten die verstreuten arbeits- und sozialrechtlichen Gesetze und Bestimmungen zusammen und trugen somit zur späteren Herausbildung des Arbeits- und Sozialrechtes bei.

H. Czitrich-Stahl zeigt, dass Stadthagens Position im ideologischen Gefüge der Sozialdemokratie grundsätzlich im marxistischen Zentrum“ um August Bebel und Karl Kautsky – es verband das „Endziel“ des Sozialismus mit einer praktischen Reformpolitik – zu verorten ist. Auch nach 1914 hielt Stadthagen an den Positionen des traditionalistisch-marxistischen Erfurter Programms von 1891 und der II. Internationale fest, ließ aber auch den Kontakt zur neuen radikalen Linken um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht abreißen. Die „Burgfriedenspolitik“ der SPD, arbeitet der Verf. prononciert heraus, wurde zum Scheidepunkt zwischen der Partei und Stadthagen. Nachdem er sich seit dem 4. August 1914 zweimal der Fraktionsdisziplin gefügt hatte und gegen sein internes Votum der Bewilligung der Kriegskredite zugestimmt und 1915 zweimal den Saal vor der Abstimmung verlassen hatte, gehörte er dann zu den 18 Oppositionellen der SPD-Reichstagsfraktion, die im Dezember

1915 erstmals öffentlich gegen die Kriegskreditbewilligung votierten. Zuvor hatten bekanntlich Karl Liebknecht und Otto Rühle diesen Schritt gewagt.

Im September 1917 nahm er im Rahmen der Delegation der USPD – er hatte sie 1917 mitbegründet, nachdem er während des Ersten Weltkrieges aus der SPD ausgeschlossen wurde – an der 3. Zimmerwalder Konferenz in Stockholm teil, die einen Aufruf zum Massenstreik zugunsten der Revolution in Russland beschloss. Schon von Krieg und Krankheit gezeichnet, beteiligte sich Stadthagen intensiv an der dortigen Debatte und schmuggelte das Manifest nach Deutschland. Als er am 9. Dezember dieses Jahres auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde beigesetzt wurde, legten Parteimitglieder und Arbeiterdelegationen aus unzähligen Betrieben auf seinem Grab Kränze nieder.

Möge diese lesenswerte Publikation viele Leser finden.

Rainer Holze

Ralf Hoffrogge/Norman LaPorte (Edit.): Weimar Communism as Mass Movement 1918–1933, Lawrence and Wishart, London 2017, 294 S. ISBN 978-1-910448-4.

Dass die Ergebnisse historischer Forschungen aus der deutschen Zeit- und Sozialgeschichte Zugang zum englischsprachigen wissenschaftlichen Büchermarkt finden ist kein alltägliches Ereignis. Doch gerade Ralf Hoffrogge hat in den letzten Jahren diese Tür für sich, andere Mitstreiter und linke Historiographie aufgestoßen. Arbeiten über

Richard Müller und Werner Scholem¹ wurden ins Englische bzw. im Falle der Müller-Biographie demnächst zusätzlich ins Französische übersetzt. Unser Vereinsmitglied verdient von daher eine große Anerkennung für sein fleißiges und öffentlichkeitswirksames Schaffen als Historiker auf der Seite einer fortschrittlichen Geschichtsschreibung.

Schon 2017 erschien bei Lawrence und Wishart in London der von ihm und dem in Wales lehrenden Dozenten Norman LaPorte herausgegebene Sammelband zur Geschichte des Weimarer Kommunismus als einer Massenbewegung von 1918–1933. In ihrer Einleitung heben die Herausgeber die zündende Funktion der russischen Revolutionen von 1917, besonders der Oktoberrevolution hervor, die die Erwartung nährten, der Sieg der Bolschewiki sende die ersten Strahlen eines revolutionären Sonnenaufgangs in die Welt hinaus. Diese Haltung führte nicht zuletzt zur Gründung der Kommunistischen Internationale. In dieser kommunistischen Parteienfamilie spielte die deutsche KPD eine herausragende Rolle als größte KP außerhalb der KPdSU. Doch seien die auf sie bezogenen Forschungen und deren Ergebnisse kaum über ein deutschsprachiges Lesepublikum hinausgelangt. Dieses Desiderat wolle man mit dieser Publikation aufzubrechen beginnen.

¹ Ralf Hoffrogge, *Working-Class Politics in the German Revolution. Richard Müller, the Revolutionary Shop Stewards and the Origins of the Council Movement*, Leiden 2014; ders., *A Jewish Communist in Weimar Germany. The Life of Werner Scholem (1895–1940)*, Brill Publishers, Leiden 2017

Hoffrogge/LaPorte geben eine Übersicht über wichtige Publikationen zur KPD bzw. zu ihren Entstehungsetappen und berücksichtigen dabei auch die Literatur zur und die Geschichte der USPD, deren linker Flügel sich 1920 mit der KPD vereinigte und die KPD dadurch zur Massenpartei werden ließ. Der Spannungsbogen der unter die Lupe genommenen kommunistischen Organisations- und Gedankenwelt in der Zeit der Weimarer Republik beschränkt sich jedoch nicht nur auf die KPD als politische Partei „zwischen Revolution und Realpolitik“. Gerhard Engel eröffnet den Reigen der Aufsätze mit einer Darstellung der „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ von 1916–1919, gefolgt von Ottokar Luban, dessen Beitrag die Rolle der Spartakusgruppe zwischen dem Revolutionsauftritt im November 1918 bis zur KPD-Gründung am Jahreswechsel 1918/19 thematisiert. Beide Texte bilden das 1. Kapitel „Revolutionary Origins“ – Revolutionäre Wurzeln. Das Folgekapitel „The KPD between Revolution and Realpolitik“ bildet das Kernkapitel des Bandes. Florian Wildes Beitrag zum frühen KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer und zur Einheitsfrontpolitik 1921–1922 wird gefolgt von Ralf Hoffrogge, der sich der Berliner „Ultra-Linken“ und ihrer Klassenkampfkonzzeption von 1921–1923 zuwendet. Die Phase Ruth Fischer/Arkadi Maslow von 1923–1926 untersucht Mario Kessler. Ihrem innerparteilichen Konkurrenten Ernst Thälmann im Rahmen der Hamburger KPD von 1921–1923, der nach dem Sturz von Fischer und Maslow die Partei führte, gilt das Augenmerk Norman LaPortes. Die linke, antistalinisti-

sche Oppositionspolitik in- und außerhalb der KPD nach der Niederlage gegen die Thälmann-Anhänger nach 1926 unter Berücksichtigung Werner Scholems und der politischen Bezüge zu Stalins Hauptgegner Leo Trotzki wird von Marcel Bois dargestellt.

Im dritten Kapitel „Communism and Trade Unions“ erfahren wir in den Beiträgen von Constance Morgan und Stefan Heinz Interessantes über die deutsche Sektion der „International of Sailors and Harbour Workers“ (Matrosen und Hafendarbeiter) sowie über die „Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition“, die ja eine eigenständige kommunistische Gewerkschaftsarbeit in Konkurrenz zum ADGB zu betreiben versuchte – letzten Endes eine zweifelhafte Strategie. Ihr Scheitern führte zu einer eher unterbelichteten Betrachtung in der DDR-Historiographie und zu ihrem Vergessen in der alten BRD. Die drei Aufsätze des IV. Kapitels „Reaching Beyond the Party?“ von Sebastian Zehetmair, Ben Fowkes und Fredrik Petersson untersuchen die Bauernpolitik der KPD, die Beziehungen der Partei zu den Kulturschaffenden und zur kulturellen Avantgarde in der Weimarer Republik sowie das vielgestaltige Wirken Willy Münzenbergs und sein tragisches Schicksal. Bernhard H. Bayerlein hinterfragt in seinem Beitrag zum V. Kapitel auf der Basis neuer Dokumente und Quellen die historiographische Darstellung der Rolle Stalins als „des“ weltpolitischen Gegenspielers Hitlers. Die KPD und andere kommunistische Parteien, so Bayerlein, seien letztendlich Stalins allein auf sowjetische Interessen basierender Politik zum Opfer gefallen, ja ge-

opfert worden – „Stalin, the traitor is you“ (Stalin, der Verräter bist Du!), wie es Willy Münzenberg formuliert hatte.

Neu erschlossene Quellen zu nutzen, um eine Abkehr von einer entweder heroisierenden oder marginalisierenden bzw. ausgrenzenden Betrachtung der KPD einzuleiten, dieses Anliegen auch dem englischsprachigen Fachpublikum näher zu bringen, ist ein Unterfangen, das unsere Wertschätzung verdient, nicht nur, weil hier eine beträchtliche Anzahl unserer Mitstreiter an diesem Sammelband mitgewirkt hat.

Holger Czitrich-Stahl

Ruth und Günter Hortschansky, „Möge alles Schmerzliche nicht umsonst gewesen sein“. Vom Leben und Tod der Antifaschistin Judith Auer 1905–1944. Trafo Verlagsgruppe, 2. durchgesehene und erweiterte Aufl. Berlin 2017, 265 S., ISBN 978-3-86464-116-9

Die Biographie über die Antifaschistin Judith Auer, 2004 erstmals in der Kleinen Buchreihe der Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ als biographisches Supplement erschienen, liegt nunmehr in zweiter, deutlich erweiterter Auflage vor. Die aus einer Künstlerfamilie stammende, musikalisch Begabte kämpfte eng mit Anton und Aenne Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bärtle gegen Naziherrschaft und Krieg an.

In neun Abschnitten schildern Ruth Hortschansky, Tochter der Buchheldin, und ihr Ehemann Günter Hortschansky, Historiker der Arbeiterbewegung, Judith Auers Entwicklung sachlich von der verständnisvollen Gefährtin an der Seite eines Jungkommunisten zur bewussten,

aktiven KPD-Widerstandskämpferin. Zugleich wird bewegend und emotional ihr Alltag als Ehefrau und Mutter ihrer geliebten Tochter aufgezeigt. Diese Dramaturgie, unterlegt mit Bildern und Faksimiles von Dokumenten, überzeugt, sie macht auf berührende, teilweise schmerzliche Weise mit der sensiblen wie kämpferischen Judith Auer bekannt und nimmt den Leser aufgewühlt mit. Die Kompetenz der Autoren verleiht der Schrift eine Aussagekraft, die weit über das schwere Schicksal von Judith Auer hinausgeht und ein Bild von Kampf und Opferbereitschaft, von Erfolg und Niederlage, von Hoffnung, Krankheit und Verzweiflung, von Leben und Tod einer antifaschistischen jungen Generation zeichnet. Sie berichten detailliert über die umfangreiche illegale Tätigkeit von Judith Auer. Sie wirkte als Kurierin und ihr Haus in Oberspree, nahe der Grenze zu Berlin-Köpenick, diente als Treffpunkt und Fluchtort der Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation und stellte Kontakte zur Widerstandsgruppe um Theodor Neubauer und Magnus Poser in Thüringen her.

Am 5. Juli 1944 wurde Judith Auer von der Gestapo verhaftet. Im Ergebnis eines Hochverratsprozesses wurde sie zum Tode verurteilt, und bereits am 27. Oktober 1944 musste sie, gerade 39 Jahre alt, im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee ihren letzten Gang antreten.

Die Autoren haben in ihrer Darstellung ihnen bisher unbekannt Briefe Judiths Auers an die befreundete Familie des Inselepastors Arnold Gustavs aus der Dokumentation „Reichsgottesdienst auf Hiddensee 1933-1945. Arnold Gustavs – Inselepastor im Dritten Reich. National-

sozialistisches in pommerschen Kirchblättern“ und dem Jahrbuch „Auslandsdeutschtum und evangelische Kirche“, Berlin 2008 erstmals mit ausgewertet und in die Darstellung mit eingeführt. Im Anhang sind auf Anregung von Lesern der Erstauflage folgende Dokumente der klugen und tapferen Antifaschistin angefügt: Aufzeichnung über die Entwicklung der Tochter (1929–1932), Briefe an den inhaftierten Ehemann (1934/1935), Notizen zu den Romanen Theodor Fontanes, Aufzeichnungen zu Problemen der Kindererziehung (1943) und Briefe an die Tochter (1943/1944). Die Aufnahme originaler Briefe und Aufzeichnungen von Judith Auer erhöht den Wert der Neuauflage durch höchste Authentizität.

In Vor- und Nachwort dankt die Autorin Bärbel Schindler-Saefkow, Hans Coppi und Owe Gustavs für die Bereitstellung von Materialien sowie den Mitgliedern unseres Förderkreises Elisabeth Ittershagen für die Überprüfung von Quellen in SAPMO-BArch und Rainer Holze, der sich jahrelang intensiv für das Erscheinen dieser 2. Auflage eingesetzt hat, für die Durchsicht und Vereinheitlichung des Manuskriptes.

Eckhard Müller

Dennis Egginger-Gonzalez: Der Rote Stoßtrupp. Eine frühe linkssozialistische Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus. Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe A: Analysen und Darstellungen, Band 11. Herausgegeben von Peter Steinbach und Johannes Tuchel. Lukas-Verlag Berlin 2018, 794

Seiten. ISBN 978-3-86732-274-4, 34,90 Euro.

Mehr als siebenzig Jahre nach der Befreiung vom NS-Regime lagern in den Archiven noch immer wertvolle Quellen, die ein dichter Bild der Zeit der NS-Diktatur und des antifaschistischen Widerstandes ergeben. Dass unserem Vereinsmitglied Dennis Egginger-Gonzalez ein erfolgreicher Beitrag hierzu gelungen ist, verdeutlichen die Aufnahme seines Buches „Der Rote Stoßtrupp“ in die von Peter Steinbach und Johannes Tuchel herausgegebene Schriftenreihe der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin sowie die Förderung durch die Bundesregierung auf Beschluss des Deutschen Bundestages. Der Verfasser verwendete zahlreiche Quellen aus dem Bundesarchiv Berlin, der SAPMO und den Landesarchiven von Berlin und Brandenburg.

Dass der „Rote Stoßtrupp“ heute kaum bekannt ist, führt der Autor darauf zurück, dass er in kein klassisches kommunistisches oder sozialdemokratisches Betrachtungsmuster passt. Und dennoch gehörte er zu den langlebigsten Widerstandsgruppen überhaupt, denn sein Wirken lässt sich von 1932 bis 1944/45 verfolgen. Außerdem gehörten spätere prominente Persönlichkeiten wie der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn, der Chronist der Sozialdemokratie Franz Osterroth, der Berliner SPD-Vorsitzende Franz Neumann, der Bielefelder Oberbürgermeister und SPD-MdB Artur Ladebeck, der Rundfunk- und Fernsehkorrespondent Rudolf Küstermeier, Ernst von Harnack, der Bielefelder Verleger und

Sozialdemokrat Emil Gross oder der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel zum „Roten Stoßtrupp“. Die Altersstruktur konzentrierte sich zur Hälfte auf die 20-29jährigen. Jedes zweite Mitglied entstammte der Arbeiterschaft, 31% waren den Angestellten und 12% der Studierendenschaft zuzurechnen. 93% der Aktivistinnen und Aktivisten gehörten der SPD bzw. der SAJ an, 51% dem ADGB bzw. DMV, 29% dem Reichsbanner und 14% den Freidenkern. Die Anfänge des Widerstands des Stoßtrupps reichen bis zum „Preußenschlag“ von Papens gegen das demokratische Preußen am 20. Juli 1932 zurück und zentrieren sich um die „Hochschule für Politik“ in Berlin-Mitte. Rudolf Küstermeier, Curt Bley und Franz Hering begannen angesichts der wachsenden Gefahr der Diktatur noch im Herbst 1932 mit dem Aufbau einer Geheimorganisation jenseits von SPD und KPD, diese seien diskreditiert. Nach dem NSDAP-Wahlerfolg in Lippe bildete sich als Leitungszentrum ein „Roter Stab“, der den Weg in die Illegalität und die Herausgabe illegaler Aufklärungsmaterialien plante. Dabei spielte es keine Rolle, ob die anwachsende Zahl von Mitkämpfern der SPD oder der SAP angehörte, man orientierte sogar auf den Verbleib in den Parteien, auch in der KPD, um dort Einflussmöglichkeiten zu erhalten. Besonders waghalsig war sicherlich die Strategie, zum Zwecke der Ausforschung „trojanische Pferde“ in NS-Organisationen einzuschleusen.

Das politische Spektrum der Stoßtrupp-Kader war heterogen und reichte von marxistisch inspirierten Linkssozialisten wie Hering bis in die durchaus national orientierten Anhänger des jungso-

zialistisch-lebensreformerischen „Hofgeismarer Kreises“ hinein. Doch im Laufe ihrer Widerstandstätigkeit knüpften die lokalen Gruppen des „Stoßtrupps“ Kontakte zu linkssozialistischen Widerstandsgruppen wie dem ISK und verbündeten sich mit der SAP. In einigen Ortsgruppen kooperierte man vereinzelt mit der KPD, auch zu liberalen und religiösen Oppositionsgruppen bestanden Verbindungen. Im Kern, so Egginger-Gonzalez, „handelte es sich beim Roten Stoßtrupp um eine linkssozialistische Sammlungsbewegung, die den Legalitätskurs von Gewerkschaften und SPD ablehnte und eine Art dritten Weg zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus auszuloten versuchte“. (S. 361) Die verzweigte Organisation über „Fünfergruppen“ an der Basis ließen die Auflage des illegal gedruckten „Der rote Stoßtrupp“ auf bis zu 1500 im November 1933 ansteigen, was einer vermutlichen Leserschaft von bis zu 7500 entsprechen könnte. (98)

Weitere lokale Stoßtruppgruppen existierten in Bielefeld, Kassel, Brühl, Pirmasens, Stettin und Stuttgart, weitere Aktionsorte der Gruppe waren Kiel, Halle, Leipzig, Hamburg, Lübeck, Magdeburg, Frankfurt am Main und das kleine Lerbeck bei Minden (134f.)

Schon im Sommer 1933 kam ihnen die Gestapo auf die Spur. Der Zugriff erfolgte kurz nach der Verteilung der Nr. 27 der Zeitung, wahrscheinlich auf eine Denunziation hin. Es folgten im Dezember 1933 Verhaftungen mehrerer Mitglieder, darunter Küstermeier und Kurt Fischer. Insgesamt muss man gesichert von bis zu 200 Festnahmen ausgehen. Damit schien der „Rote Stoßtrupp“ zer-

schlagen worden zu sein. Doch die ins Ausland Geflohenen begannen die Widerstandsarbeit von Neuem. Ausgangspunkt war der Hilfsfonds für Inhaftierte und Angehörige. Daran beteiligt waren u.a. Franz Hering, Ernst Fraenkel, Curt Bley, Elisabeth Küstermeier, Robert Keller und Arthur Schweitzer, Rudolf Küstermeier war zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden und blieb fast durchgehend bis zur Befreiung 1945 in Haft, zum Schluss in den KZs Sonnenburg, Sachsenhausen und Bergen-Belsen. Franz Osterroth und Robert Keller mussten in die CSR fliehen und wirkten im deutsch-tschechischen Grenzgebiet in einer Art „kleinen Grenzverkehr“ für Emigranten und als Kontaktpersonen für das Schmuggeln illegaler Informationen und Schriften. Durch die Tätigkeit insbesondere Osterroths und Kellers in Kooperation mit SAP- bzw. KPD-Vertretern gelang der Aufbau eines mitteldeutschen Netzwerkes. Es entstand ab 1935 der „Neue Rote Stoßtrupp“. In Berlin lassen sich Aktivitäten sogar bis 1944/45 nachweisen, so dass die Gestapo nie die vollständige Zerschlagung der Gruppe bewirkte. Dennoch bilanziert der Autor am Ende folgende Fakten der Verfolgung: Von 133 ausgewerteten Mitgliedern kamen 84 (63%) in Untersuchungshaft und 74 (55%) vor Gericht. Freiheitsstrafen wurden 60 ausgesprochen (45%), zu „Schutzhaft“/KZ wurden 25 Mitglieder (19%) verurteilt. (355)

Diese und andere Fakten und Stränge arbeitet Dennis Egginger-Gonzalez akribisch heraus. Ihm geht es auch darum, den „Roten Stoßtrupp“ aus seiner traditionellen Katzentischrolle als Organisation der „Jungen Rechten“ in- und au-

ßerhalb der SPD zu lösen. Mit Blick auf die Kurzbiographien als Ergänzungen zur Widerstandstätigkeit scheint sein Fazit plausibel, dass es sich um eine vorwiegend aus dem gemäßigten sozialdemokratischen Milieu stammende, linkssozialdemokratisch bzw. linkssozialistisch agierende Sammlungsbewegung handelte, die zählebig ihren Widerstand gegen das NS-Regime verteidigte und allen Rückschlägen zum Trotz durchhielt. Dem Buch ist – nicht zuletzt dank der Förderung durch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand und die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien – eine große Leserschaft zu wünschen. In einer Bibliothek mit Literatur zum Widerstand gegen Hitler darf es auf keinen Fall fehlen.

Holger Czitrich-Stahl

Die Gewerkschaftsschule Bernau 1947–1990. Zeitzeugen erzählen. Ein Film von Elefteriya Yuanidis. Länge: 90 Min., 2017.²

Im Mittelpunkt des Films steht die 43jährige Geschichte der Gewerkschaftsschule in Bernau. Dieser Film ergänzt den von Yuanidis bereits 2011 fertiggestellten Dokumentarfilm „Die Bundesschule Bernau – Denkmal der Moderne.“ Zu Wort kommen die Professoren Heinz Deutschland, Hannelore Eberlein, Alfred Förster (†2015), Diet-

mar Müller, Gunnar Winkler, die Doktoren Joachim Böttcher, Pita Kovungo, Volker Kurzweg, Günter Thoms (†2017), Peter Steininger und die Diplom-Gesellschaftswissenschaftler Hans-Udo Kretschel, Stefanie Liebe, Margitta May, Hermann Strobel und Gisela Vollrath, Diplom-Bibliothekarin. Interviewt wird auch der langjährige Vorsitzende des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Bau-Holz im FDGB, Lothar Lindner.

Die im Mai 1946 in Berlin errichtete „Bundesschule des FDGB ‚Theodor Leipart‘“, verlagerte ihren Sitz im Mai 1947 in die frühere Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) nach Bernau-Waldfrieden, vier Kilometer von der Stadt Bernau entfernt. Die Schule diente der Aus- und Weiterbildung sämtlicher leitender Funktionäre des FDGB. 1952 wurde sie in „Hochschule der Gewerkschaften ‚Fritz Heckert‘“ umbenannt und den staatlichen Hochschulen der DDR gleichgestellt. Ab 1956 trug sie den Namen „Hochschule der Deutschen Gewerkschaften ‚Fritz Heckert‘“ und ab 1971 bis zu ihrem Ende „Gewerkschaftshochschule ‚Fritz Heckert‘ beim Bundesvorstand des FDGB“. Eine tiefe Spur in der Geschichte der Hochschule hinterließ der Mitbegründer KPD, Hermann Duncker, als Direktor bzw. Rektor der Hochschule (1949–1952 und 1954–1960).

Die Hochschule bildete zunächst Diplom-Wirtschaftler aus, ab 1956 Diplom-Gesellschaftswissenschaftler. Studierende ohne Hochschulabschluss konnten zwischen einem dreijährigen Direkt- und einem fünfjährigen Fernstudium

² Die DVD kann käuflich nicht erworben werden. Kopien liegen bei den Fördermittelgebern (u. a. dem Verein in Bernau, aber auch bei der RLS). In folgenden Bibliotheken sind Kopien vorhanden und somit einsehbar: Mittelpunktbibliothek Köpenick, Bibliothek Bettina-von-Arnim Prenzlauer Berg, Stefan Heym Bibliothek Adlershof, Januzs-Korczak-Bibliothek Pankow.

wählen. Für Studierende mit Hochschulabschluss wurden eineinhalb bzw. zweijährige Fernstudienlehrgänge zur Weiterbildung angeboten. Die Direktstudenten erhielten ein Stipendium von 80% ihres bisherigen Durchschnittsverdienstes, maximal jedoch 800 Mark. Jeder Student hatte jährlich Anspruch auf einen Ferienplatz für seine Familie. Seit 1959 wurden auch Gewerkschaftsfunktionäre aus Afrika, Asien und Lateinamerika ausgebildet. Zur gleichen Zeit begann ein vierjähriger Fernstudiengang für die Ausbildung von Kulturfunktionären. 1961 kamen Externatslehrgänge für berufstätige Frauen hinzu. Ausdruck einer stärkeren Fokussierung auf die Sozialpolitik war 1965 die Gründung eines Instituts für Sozialpolitik, das 1968 im Rahmen der 3. Hochschulreform zu einer Sektion Wirtschafts- und Sozialpolitik erweitert wurde. In den 70er und 80er Jahren gewann die empirische Forschung ein größeres Gewicht. Nach der weltweiten völkerrechtlichen Anerkennung der DDR spielten auch die internationalen Beziehungen der Hochschule eine größere Rolle. Umfangreiche soziale Einrichtungen wie Kinderkrippe und Kindergarten, eine Gärtnerei, eine Krankenstation, eine Wäscherei und ein Konsum gehörten zur Hochschule, ebenso ein Lehrerklub, ein Studentenklub und ein Kabarett.

Erfrischend an dem Film ist, dass er unterschiedliche Sichtweisen zum Tragen bringt. Probleme und Konflikte im Werdegang der Hochschule werden angesprochen, so z.B. Aspekte des Dogmatismus in der Lehre vor allem in den 40er und 50er Jahren, die „Bevorzugung“ der Männer, die eher in höhere

Gehaltsklassen kamen als die Frauen und das Hineinregieren durch die SED sowie der verstärkte Zentralismus des FDGB-Bundesvorstandes unter Harry Tisch. Auch wurde die historische Bedeutung des Bauwerks, die von Hannes Meyer und Hans Wittwer im Bauhaus Dessau konzipierte und im Mai 1930 fertig gestellte Bundesschule des ADGB in Bernau zu spät erkannt. Der Gebäudekomplex wurde einschließlich der Ergänzungsbauten aus den 50er Jahren erst 1977 in die Denkmalliste der DDR eingetragen. Im Juli 2017 erfolgte mit der Aufnahme in die Welterbeliste der UNESCO eine hohe Würdigung.

Eingegangen wurde auch auf das dunkle Kapitel der Bundesschule. Im Juli 1933 wurde die Schule von Adolf Hitler als „Reichsführerschule“ der NSDAP, der DAF und der NSBO eingeweiht. 1936 übernahm die Reichsführung der SS die Schule.

Nach der Befreiung vom Faschismus diente der Gebäudekomplex kurzzeitig der Roten Armee als Lazarett und Militärunterkunft. Von 1947 bis 1990 absolvierten über 15000 deutsche und etwa 5000 ausländische Gewerkschafter eine Ausbildung an der Bernauer Schule. Im Ergebnis der Auflösung des FDGB wurde am 30. September 1990 die gewerkschaftliche Bildungseinrichtung geschlossen. 195 Lehrkräfte und 345 Arbeiter und Angestellte wurden in die Arbeitslosigkeit entlassen.

Nach der Wende wurde der Gebäudekomplex von 1991 bis 1998 von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Brandenburg genutzt. Danach kam es vorübergehend zu einem Leerstand. Im August 2009 wurde

mit der Sanierung und Wiederherstellung der zum Baudenkmal Bundesschule gehörenden Lehrerhäuser begonnen. Der im Eingangsbereich in den 50er Jahren errichtete Kopfbau blieb erhalten. Der historische Gebäudekomplex wird heute von der Handwerkskammer Berlin genutzt, andere Gebäude vom Barnim Gymnasium und von einem Oberstufenzentrum.

Siegfried Prokop

Wilhelm Bock: Im Dienste der Freiheit, neu herausgegeben von Steffen Arndt, Jörg Bischoff und Matthias Wenzel, Bezug über: Bildung vereint, Humboldtstraße 67, 99867 Gotha E-Mail: info@bildung-vereint.de, ISBN: 978-3-00-059913-2, 160 Seiten, 19,90 € (inkl. Versandkosten 22,00 €)

Wilhelm Bock gehört mit Lassalle, W. Liebknecht und Bebel zur Gründergeneration der deutschen Sozialdemokratie. Er wurde 1846 im Thüringer Wald in tiefste Armut hinein geboren, lernte das Schuhmacherhandwerk und war seit 1873 Vorsitzender der Internationalen Gewerkschaft der Schuhmacher. 1867 wurde Bock Mitglied der „Lassalleaner“ (ADAV), 1869 gehörte er zu den Mitbegründern der „Eisenacher“ (SDAP). Bock war Organisator des Vereinigungskongresses 1875 und des anschließenden Gewerkschaftskongresses, der Parteitage von 1876, 1877 und 1896 sowie des Gründungsparteitages der USPD 1917 in Gotha. Bereits 1915 hatte Bock mit 17 SPD-Abgeordneten gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt und war aus der SPD-Fraktion

ausgeschlossen worden. Auf dem Vereinigungsparteitag von MSPD und USPD 1922 reichten sich Wilhelm Pfannkuch und Bock als Alterspräsidenten beider Parteirichtungen die Hände. Jahrzehntlang war er Mitglied des Gothaischen Landtages und des Deutschen Reichstages, dessen Alterspräsident er dreimal wurde. Er starb 1931. Seine Autobiographie von 1927 ist nun neu erschienen und wurde mit Quellen, Bildern und Dokumenten des Staatsarchivs Gotha versehen, alles in Farbe und auf hochwertigem Papier gedruckt. Es wird erstmalig auch der Bericht des Staatsministeriums Gotha von 1888 über die teils illegale politische Tätigkeit Bocks publiziert. Eine Auswahl seiner Reden auf den Parteitag (1896-1931) verdeutlicht die Kontinuität seines Denkens und Handelns für Arbeitereinheit, Sozialismus und Demokratie. Sicherlich ist Bocks Autobiografie keine wissenschaftliche Abhandlung über die ersten Jahrzehnte der Sozialdemokratie, sondern eine subjektive, anekdotische und wenig selbstkritische Lebenserinnerung. In Kombination mit dem Quellenmaterial ergibt sich aber ein stimmiges Gesamtbild jener Zeit.

Das Staatsarchiv Gotha enthält einzigartige Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, welche nicht in den Stürmen der Zeitenwenden verloren gegangen sind oder durch die Nazis vernichtet wurden. Jüngst sind hier auch kommentierte Quellensammlungen zu „125 Jahre Erfurter Parteitag“ der SPD 1891 und zu „100 Jahre Novemberrevolution 1918 in Gotha und Erfurt“ erschienen.

Alexander Amberger